

Vom Anfang und Ende der Lieferkette

Erfahrungen im Kampf gegen Agrobusiness und Supermarktmacht
zwischen Almería und Berlin





EDITORIAL

Interbrigadas gibt es seit 2007 als eingetragenen und gemeinnützigen Verein. Wir sind eine Gruppe junger Menschen aus Berlin und engagieren uns im Bereich des politischen und kulturellen Austausches zwischen Europa und Lateinamerika mit internationalistischem Anspruch.

Motiviert durch die hoffnungsvolle Bolivarische Revolution in Venezuela organisierten wir damals noch als Schüler*innen Brigaden, deren Anspruch es war die stattfindenden Prozesse in Basisstrukturen zu unterstützen und von ihnen zu lernen. Angesichts der Entwicklungen in Venezuela hat sich der Fokus unserer praktischen Solidarität nun verschoben und wir haben im Rahmen einer Zusammenarbeit mit der andalusischen Landarbeiter*innengewerkschaft SOC-SAT begonnen, auch in Europa stärker aktiv zu werden.

Die Arbeit und Erfahrungen in Andalusien sind anders als in Venezuela. Es handelt sich um keinen umfassenden gesellschaftlichen Prozess, sondern es sind wenige Akteur*innen, die sich dort gegen den enormen sozialen, ökonomischen sowie rassistischen Druck auf die Tagelöhner*innen in der Landwirtschaft stemmen. In ihrer Arbeit spiegeln sich äußerst deutlich die globalen ebenso wie die innergesellschaftlichen Misstände unserer Zeit wider, vor deren Mitverantwortung wir uns in Europa nicht verstecken können. Die weißen Gewächshausdächer im Osten Andalusiens sind nicht nur aus dem Weltraum sichtbar, sondern für eine wachsende europäische Öffentlichkeit zum Symbol für unmenschliche Arbeitsbedingungen in der Agrarindustrie geworden. In regelmäßigen Abständen besuchen Journalist*innen die *chabolas*, die informellen Siedlungen am Rande der Plantagen, und zeigen Schmutz, Armut und Perspektivlosigkeit. Seltener berichten sie davon, dass die Arbeiter*innen des Plastikmeers aufbegehren und sich organisieren: gegen Löhne unter dem Existenzminimum, Vergiftungen durch Pestizide und rassistische Diskriminierung. Und noch seltener geht es um das Wirtschaftssystem mit seinen Profitinteressen, das diese Situation hervorgebracht hat und erhält.

Stein des Anstoßes für diese Broschüre gab die Tagung des Europäischen BürgerInnenforums (EBF) am 7.2. und 8.2.2020 in Bern, Schweiz, anlässlich des 20. Jahrestages der rassistischen Pogrome in El Ejido, dem Zentrum der intensiven Landwirtschaft Andalusiens. Wir wollen auf den folgenden Seiten unserer eigene theoretische und praktische Arbeit in Almería darstellen und reflektieren sowie daraus gewonnene Fragen und Erkenntnisse vermitteln.

Die hier in der Broschüre versammelten Beiträge lassen sich in ihrer Vielfalt der Formate und Schwerpunkte als eine Art Kaleidoskop unserer Arbeit verstehen.

Die Beiträge wurden von unterschiedlichen Personen, mit verschiedenen Wissens- und Erfahrungsständen erarbeitet und verfasst. Einige waren mehrmals mit Brigaden vor Ort in Almería, andere nahmen wichtige Rollen bei der Arbeit in Berlin ein. Die Texte spiegeln daher eine Vielzahl an Perspektiven wider, erfüllen dabei ganz unterschiedliche Funktionen und zeichnen somit nicht zuletzt auch die Spannweite der Arbeit zwischen Almería und Berlin nach. Was sie eint, ist unsere transnationale, internationalistische und aktivistische Perspektive auf die Bedingungen der kapitalistischen Obst- und Gemüseproduktion an der europäischen Außengrenze in Almería.

INHALT

- | EDITORIAL
- 4 | DAS PLASTIKMEER AM RANDE EUROPAS
HINTERGRÜNDE ZUR MIGRANTISCHEN ARBEIT IN DEN GEWÄCHSHÄUSERN
VON ALMERÍA
- 10 | WAS HABEN WIR ERREICHT, WAS HAT SICH VERÄNDERT?
20 JAHRE NACH DEN RASSISTISCHEN AUSSCHREITUNGEN IM PLASTIKMEER
VON ALMERÍA
GASTBEITRAG DES EUROPÄISCHEN BÜRGERINNENFORUMS (EBF)
- 18 | UNION BUSTING MIT ALLEN MITTELN
ÜBER DAS ZUSAMMENSPIEL VON UNTERNEHMEN, POLITIK UND
ZERTIFIZIERERN
- 25 | WIE UNTERNEHMEN SYSTEMATISCH ARBEITSRECHTE UNTERGRABEN
- 30 | DER KAMPF FÜR LAND UND FREIHEIT IN ANDALUSIEN GEHT WEITER
INTERVIEW MIT JOSÉ GARCÍA CUEVAS, SPRECHER DER SAT ALMERÍA
- 36 | EIN GESETZ GEGEN AUSBEUTUNG IM GEWÄCHSHAUS?
INITIATIVE LIEFERKETTENGESETZ
- 41 | ETHISCHER KONSUM QUO VADIS?
WARUM UNS BIO UND FAIRTRADE NICHT RETTEN WERDEN
- 48 | TRADITION(EN) DER BEWEGUNG
GEMEINSAM BESETZEN, PRODUZIEREN UND SICH SOLIDARISIEREN
INTERVIEW MIT CURRO MORENO, EINEM SPRECHER DER SAT JAÉN
- 53 | FOTOREIHE – CERRO LIBERTAD
ANALOGE FOTOGRAFIEN, ENTSTANDEN IM FEBRUAR 2018
- 60 | ZWISCHEN WELTWÄRTS UND WELTREVOLUTION

DAS PLASTIKMEER AM RANDE EUROPAS

Hintergründe zur migrantischen Arbeit in den Gewächshäusern von Almería
Yoki



Quelle: Junta de Andalucía (2019): „Ortophotografía Digital de Andalucía 2016“

1. ERSTE EINDRÜCKE

Wer zum ersten Mal in Almería ankommt, wird die gesammelten Eindrücke so schnell nicht vergessen: Die Abwechslung zwischen kargen Bergen, einladenden Stränden sowie den weißen Plastikfolien, die die weiten Ebenen dazwischen bedecken, wirkt grotesk. Exklusive Resorts und Rückzugsorte für betuchte Tourist*innen aus dem Europäischen Norden grenzen abrupt an die öden Brachen inmitten der befremdlichen und anonymen Gewächshäuser, auf denen sich der vom Wind zusammen gehortete Abfall sammelt. Abseits der Orte und Städte, erreichbar nur über verzweigte Versorgungswege, findet man auf diesen Brachen kleine Hütten, errichtet aus dem umliegenden Unrat. In diesen sogenannten *chabolas* wohnen Menschen. Man ahnt es. Man ahnt ebenso, dass keiner dieser Menschen in den *chabolas* wohnen würde, wenn er oder sie eine Wahl hätte. Abhängig von Tages- und Jahreszeit findet man die Bewohner*innen der *chabolas* ein- und ausrücken: Auffällig Viele auf alten Fahrrädern, in notdürftig reparierten und überfüllten Autos, in zweckhafter Bekleidung. Was fällt noch auf? Keiner dieser Menschen spricht hier Spanisch. Keiner dieser Menschen ist weiß.

Noch in den 1950er Jahren gab es hier weder *chabolas* noch Gewächshäuser. Die Böden waren salzig, trocken und kaum kultivierbar. Heutige Großstädte, wie das knapp 100.000 Einwohner*innen zählende El Ejido, waren damals winzige Dörfer, kaum auf einer Karte verzeichnet.

Doch wie kam es zu diesem rasanten Wandel, der aus einer natürlichen aber unwirtlichen

Wildnis das industrielle Epizentrum der europäischen Gemüseproduktion erschuf? Der aus armen Bäuer*innen teilweise wohlhabende Unternehmer*innen werden ließ und dafür ein neues Heer mittelloser Landarbeiter*innen rekrutierte?

2. HISTORISCHE ENTWICKLUNG DER AGRARINDUSTRIE IN ALMERÍA

Ausgangspunkt für diesen strukturellen Wandel war ein staatliches Programm in den 1940er bis 60er Jahren, welches die weiten trockenen Gebiete des spanischen Staates im großen Maßstab kultivierbar machen sollte. Dieses „Kolonisierungs“-programm stellte mit großen Infrastrukturprojekten wie Staudämmen und Bewässerungskanälen die Voraussetzungen, um das Land urbar zu machen. Das neu erschlossene Land wurde parzelliert und an landlose Bäuer*innenfamilien aus benachbarten Regionen vergeben. Die Regierung Francos erhoffte sich davon einerseits eine volkswirtschaftliche Produktionssteigerung in Zeiten außenpolitischer Isolation. Andererseits sollte die landlose Klasse befriedet und eine traditionalistische Vorstellung der bäuerlichen Familie befördert werden. In diesem Zuge wurde auch das damals größtenteils brachliegende Land in den Küstenebenen der Provinz Almería unter Familien aus den abgelegenen Tälern der benachbarten Alpujarra-Berge aufgeteilt.

Eine Reihe technologischer Innovationen ermöglichte eine ungeahnte Produktivitätssteigerung auf den Feldern Almería: Moderne Pumpsanlagen zapften tiefliegende Grundwasserleiter an und stellten zusätzliches Wasser für die Bewässerung bereit; auf

die natürlich kargen Böden wurde im sogenannten „Enarenado“-Verfahren eine Schicht von künstlich hergestelltem oder andernorts abgebautem Mutterboden aufgetragen; außerdem wurde durch die Errichtung von Plastikgewächshäusern eine weitgehende Kontrolle der klimatischen Bedingungen für das Pflanzenwachstum erlangt. Im Zusammenspiel dieser Technologien war es nun möglich für verschiedenste Gemüsesorten mehrere Ernten pro Jahr einzufahren.

Nachdem Spanien 1986 der Europäischen Gemeinschaft beigetreten war und sich im wohlhabenden Norden des Kontinents große Supermarktketten im Einzelhandel hervor-taten, eröffnete sich ein rasch wachsender Absatzmarkt für die Erzeugnisse der Almerienser Landwirtschaft. Der Fokus wechselte von der Versorgung des Binnenmarktes hin zur Exportwirtschaft. Es folgten knapp zwei Jahrzehnte ununterbrochenen Wachstums. Zusammen mit einem Anwachsen eines ganzen Industrieclusters, das um Gemüseanbau, -verpackung und -vermarktung entstand, erlebte die Provinz Almería, das vormalige Armenhaus Spaniens, einen beispiellosen Boom. Zur selben Zeit erlebten auch die Finanz-, Dienstleistungs- und Bauindustrien in Spanien einen großen Aufschwung. Es entstand eine Vielzahl an Arbeitsplätzen, die mit besseren Arbeitsbedingungen und Gehältern die nachwachsenden Generationen der Kleinbäuer*innenfamilien in die großen Städte lockte.

Diese Entwicklungen schufen einen rasant steigenden Bedarf an Arbeitskräften für die Verrichtung einfacher, aber schwer automatisierbarer Tätigkeiten; vor allem bei

Gemüseanbau, Ernte und Abpackung. In der Region Almería machte man sich die Lage an der europäischen Außengrenze zunutze und rekrutierte seit den 90er Jahren vorwiegend Menschen vom afrikanischen Kontinent für diese Arbeiten. Auf diverse Art und Weise wurde die Situation dieser Menschen als Nicht-EU-Bürger*innen, Nicht-Weiße sowie oftmals als Nicht-Spanischsprachige und als Frauen ausgenutzt, um die Arbeitskraft als Ganze zu flexibilisieren und zu disziplinieren. Dadurch konnten Lohnkosten auf verschiedenste Weisen reduziert werden [→Arbeitsrechtsverletzungen S.25].

Die Lohnkosten bildeten den größten Anteil der Produktionskosten. Ihre Regulierung hatte somit maßgebliche Auswirkung auf die Konkurrenzfähigkeit der Produkte und des Standorts Almería auf einem globalisierten Markt.

Das weitere Wachstum des Anbaus wird seitdem zunehmend von größeren Betrieben getragen, die Anbau, Verpackung und Vermarktung unter einem Dach und oftmals einer Marke vereinen. Durch Skaleneffekte erreichen sie geringere Produktionskosten und können die Schwankungen der volatilen Marktpreise besser ausgleichen. Die Kleinbäuer*innenfamilien, die dem Wachstum einst den Weg bereiteten, können heute nur erschwert dem Preisdruck der Großabnehmer standhalten und finden sich selbst immer öfter in prekären Bedingungen wieder.

3. STRUKTURELLE ABHÄNGIGKEITEN DER MIGRANTISCHEN ARBEITER*INNEN

Neben der lokalen Nachfrage an Arbeitskräften, sehen sich die migrierenden Menschen

auch aus subjektiven Beweggründen sowie ökonomischen, sozialen oder rechtlichen Notwendigkeiten veranlasst, in die Staaten der EU einzuwandern. Den meisten Menschen werden dafür kaum legale Möglichkeiten eingeräumt. Das spanische Recht kennt jedoch Ausnahmen, die für viele Menschen die einzigen Schlupflöcher bieten, an einen legalen Aufenthaltsstatus in der EU zu gelangen.

Der sogenannte *arraigo social* (etwa „soziale Verwurzelung“) sieht den Anspruch auf eine Wohn- und Arbeitserlaubnis unter folgenden Bedingungen vor:

1. Nachweis von mindestens drei Jahren illegalen Aufenthalts in Spanien,
2. Freiheit von Vorstrafen,
3. einen gültigen Arbeitsvertrag von mindestens einem Jahr.

Vorherige Arbeitsverträge oder Lohnzahlungen können dabei als Nachweis für die Aufenthaltsdauer dienen.

Eine andere Möglichkeit bieten die *contrataciones en origen* (etwa „Einstellung im Herkunftsland“): Im Rahmen von bilateralen Abkommen werden Menschen als Arbeitskräfte von lokalen Behörden und Produzenten in Nicht-EU-Ländern für die saisonale Arbeit in der spanischen Landwirtschaft rekrutiert. Sie erhalten eine vorläufige Aufenthaltserlaubnis, die auf den Ort und die Dauer des Einsatzes beschränkt ist, nach welchem sie zur Ausreise verpflichtet sind. Sie können für die Folgesaison jedoch auf Empfehlung des vormaligen Chefs wieder bevorzugt angeworben werden. Nach vier gearbeiteten Saisons besteht Anspruch auf eine Wohn- und Arbeitserlaubnis.

Sowohl der *arraigo social* als auch die *contrataciones en origen* machen die Menschen, die einen legalen Aufenthalt in Spanien anstreben, strukturell und persönlich abhängig von ihren Chef*innen und Vorgesetzten, da sie auf deren Gunst angewiesen sind, um entweder ihre Verträge zu erneuern oder um einen Vertrag abzuschließen, während sie sich noch illegal in Spanien aufhalten. Zudem sind die Menschen im Falle des *arraigo social* darauf angewiesen, einen Zeitraum von mindestens drei Jahren in der Illegalität zu leben.

Da die Region Almería und ihre lokale Industrie auf die Duldung dieser Praktiken angewiesen sind, agieren staatliche Einrichtungen tendenziell im Interesse des Unternehmertums, indem etwa die Gewerbeaufsicht und Gerichte unterbesetzt bleiben. Somit wird die staatliche Kontrolle in ihrer Wirkmächtigkeit stark eingeschränkt und das Einklagen von Rechten zu einem für die meisten Menschen zu langwierigen Unterfangen. Damit werden den Migrant*innen die wichtigsten Mittel genommen, um sich gegen Missbrauch und Entrechtung zu wehren.

4. MARGINALISIERUNG, SEGREGATION UND RASSISMUS

Auch im Alltagsleben abseits des Arbeitsplatzes werden die migrantischen Arbeiter*innen marginalisiert. Eine Wohnung in den Städten ist für Viele entweder kaum erschwinglich oder wird aufgrund rassistischer Vorurteile der Vermieter*innen verwehrt. Es bleiben staatliche Sozialwohnungen in abgelegenen und als Ghetto stigmatisierten Vierteln der Großstädte, wie etwa El Puche in Almería



oder *Doscientas Viviendas* in Roquetas de Mar. Diese werden von städtischen Infrastrukturen wie Personennahverkehr, Müllentsorgung, Strom oder Straßenbeleuchtung zeitweise oder dauerhaft abgeschnitten. Wer weder hier, noch in den eingangs erwähnten *chabolas* wohnt, wird nicht selten in von den Chef*innen bereitgestellten Schuppen, Garagen oder ehemaligen Bauernhäusern auf abgelegenen Betriebsgeländen untergebracht. Dabei ist es üblich einen - oftmals überzogenen - Teil des Lohns als Miete einzubehalten.

Die Menschen sind darauf angewiesen, sich eigenständig etwa mit Wasser oder Strom zu versorgen. Oftmals ist das illegale Anzapfen öffentlicher Leitungen die einzige Möglichkeit. Ebenso wie die Errichtung oder das Bewohnen der informellen *chabola*-Sied-

lungen sind diese Praktiken den Behörden bekannt und werden weitestgehend geduldet. Dennoch kommt es gelegentlich zu Räumungen oder Ahndungen. Die migrantischen Arbeiter*innen sind sowohl in der Produktions- als auch in der Reproduktionssphäre der permanenten Unsicherheit ausgesetzt, dass ihnen ihre Lebensgrundlage entzogen werden könnte.

Diese Erfahrungen von Ausgrenzung und Ausbeutung werden begleitet von Alltagsrassismus in verschiedenen Ausdrucksformen, sei es die Verweigerung von Dienstleistungen, Beleidigungen, Einschüchterung, Geringschätzung, bis hin zu Übergriffen. Zwar sind große Teile der spanischen Mehrheitsgesellschaft in Almería nicht explizit feindselig und in Teilen auch empathisch oder solidarisch

gegenüber den migrantischen Arbeiter*innen eingestellt. Andererseits sind die Wahlkreise im Plastikmeer in den letzten Jahren zur spanienweiten Hochburg der neuen rechtsradikalen VOX Partei geworden, die hier deutlich rassistische Diskurse befördert. Bei den letzten Wahlen ging sie hier vielerorts mit einem Drittel der Stimmen und mehr als stärkste Kraft hervor. Dies ist Teil einer rassistischen Kontinuität, die schon bei den pogromartigen Ausschreitungen im Februar 2000 schmerzhaft deutlich wurde [→20 Jahre nach dem Pogrom S.10]. Darüber hinaus werden rassistische sowie sexistische Vorstellungen

unter den Arbeiter*innen von den Chef*innen und Vorarbeiter*innen ausgenutzt, um die Belegschaften zu spalten und Hierarchien zu fördern.

Die Bedingungen und Widersprüche, in denen sich die migrantischen Arbeiter*innen in der Region um Almería wiederfinden, ließen sich noch viel detaillierter beschreiben. Zwischen Wut, Resignation und Indifferenz keimen jedoch auch immer wieder Versuche von Protest, Selbstorganisation und Widerstand [→Arbeitskampf S.18].

FURTHER READINGS

Zu Immigration, Segregation und politischer Ökonomie in Almería

diverse Publikationen

von Ángeles Arjona Garrido, Juan Carlos Checa Olmos und Francisco Checa Olmos (Universität Almería) sowie José Francisco Jiménez Díaz (Universität Pablo de Olivade)

*Zu Migrationsstrategien und Alltagsleben der migrantischen Arbeiter*innen*

Felix Hoffmann (2017):

Zur kommerziellen Normalisierung illegaler Migration. Akteure in der Agrarindustrie von Almería, Spanien

Bielefeld: transcript Verlag

Zu migrantischer Arbeit in der industriellen Landwirtschaft in Almería im globalen Kontext

Jörg Gertel und Sarah Ruth Sippel (Hrsg. 2014):

Seasonal Workers in Mediterranean Agriculture:

The Social Costs of Eating Fresh

London: Routledge

WAS HABEN WIR ERREICHT, WAS HAT SICH VERÄNDERT?

20 JAHRE NACH DEN RASSISTISCHEN AUSSCHREITUNGEN IM PLASTIKMEER
VON ALMERÍA

Gastbeitrag des Europäischen Bürger*innenforums (EBF) | Raymond Gétaz



Vom 5. bis 7. Februar 2000 fanden in El Ejido pogromartige Ausschreitungen gegen marokkanische Landarbeiter*innen statt, die sich

in den mehr als 35'000 Hektaren Plastikgewächshäusern der Region verdingten. Die Vorfälle von El Ejido waren wahrscheinlich

die schlimmsten Ausbrüche rassistischer Gewalt, die Migrant*innen in Spanien je erleben mussten: Eine dreitägige systematische und organisierte Hetzjagd gegen die Menschen und ihr bescheidenes Hab und Gut – geduldet von den lokalen Behörden und den Ordnungskräften, die tatenlos zusahen.

beiter*innengewerkschaft SOC¹, erhielt die Delegation rasch Einblick in die sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse der Region und veröffentlichte im Herbst 2000 den Untersuchungsbericht „Anatomie eines Pogroms“².



Jeden Tag zeigten die Nachrichtensendungen in den europäischen Medien, wie die Einwohner*innen der Stadt mit Baseballschlägern durch die Straßen zogen, Büros von NGOs plünderten und Besitztümer der Migrant*innen zerstörten.

Entrüstet über die Tatenlosigkeit der Behörden entsandten wir, Mitglieder des EBF, eine internationale Untersuchungskommission in die Stadt El Ejido, um den Ursachen und den Folgen der rassistischen Ausschreitungen nachzugehen. Unterstützt durch María García Bueno, einer langjährigen Freundin und Aktivistin der andalusischen Landar-

Unsere Erfahrungen waren ernüchternd. Was gewisse Leute als das „andalusische Wunder“ bezeichnen, ist in Wirklichkeit das, was aus einer kleinlandwirtschaftlichen Region wird, die bedingungslos einer ultraliberalen Politik und der Industrialisierung der Produktionssysteme unterworfen wird: Ein Universum der totalen Ausbeutung von Mensch, Umwelt, Boden- und Wasserressourcen. Im Meer von Gewächshäusern sucht man vergebens nach den Anzeichen einer ursprünglichen, von der Arbeit der Bauern und Bäuerinnen geprägten Landschaft. Keine Bäume, Hecken, kaum Vögel oder Insekten. Einzig die vereinzelt,

1 Seit 2007 SAT, in Almería als SOC-SAT weiter geführt. Im Text haben wir der Einfachheit halber den alten Namen SOC verwendet.
2 Anatomie eines Pogroms z.B. El Ejido, 138 Seiten, EBF/CEDRI, ISBN 3-95221250-4

aus irgendwelchem Abfallmaterial zusammengebastelten *chabolas* oder die slumartigen Wohnsiedlungen deuten noch auf die Anwesenheit von Menschen hin - Gespenster in dieser surrealen, mit Plastikabfällen verschandelten Welt.

Da sich keine andere Gewerkschaft für die meist papierlosen Migrant*innen einsetzte, beschloss die Landarbeiter*innengewerkschaft SOC ein Büro in Almería zu eröffnen. Wir erkannten die Notwendigkeit, die SOC mit grenzüberschreitender Solidarität und gemeinsamen Aktionen in ihrer Arbeit zu unterstützen. Die Öffentlichkeit in Europa musste über die skandalösen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Landarbeiter*innen in der Provinz Almería informiert werden.

DIE VERANTWORTUNG DER GROSSVERTEILER³

Unsere erste Kampagne in der Schweiz bewirkte, dass innerhalb von wenigen Wochen über 10'000 Konsument*innen an die Großverteiler Coop und Migros schrieben, um gegen die ausbeuterische und Umwelt zerstörende Produktion von Hors-Saison-Gemüse zu protestieren. In ihren Briefen forderten sie die Supermärkte auf:

- 1) Bei der andalusischen Regierung, der Präfektur der Provinz Almería und der Stadtverwaltung von El Ejido durchzusetzen:
 - dass die Landarbeiter unter menschenwürdigen Bedingungen untergebracht werden
 - dass die Gastarbeiter und die Vereine

zur Verteidigung der Gastarbeiter für die Schäden und Verluste der Februarverfolgung in ihren Kultstätten, ihren Wohnungen, ihren Geschäften und ihren Fahrzeugen vollständig entschädigt werden.

- dass das spanische Gesetz eingehalten wird: Es sieht vor, dass allen Ausländern in gleichem Maße wie den Spaniern dieselben konstitutionellen Freiheiten und Rechte garantiert werden (Art. 1, Gesetz 4/2000).
 - dass die Verantwortlichen der kollektiven Gewalt gegen die Gastarbeiter gerichtlich verfolgt werden
- 2) Den Ursprung der Früchte und der Gemüse, die Sie verkaufen, sowie deren Produktionsweise klar anzugeben - die Bezeichnung des Landes genügt nicht.
 - 3) Auf den Verkauf von billigen Frischwaren zu verzichten, wenn sie unter Verachtung der Menschenwürde und der Natur produziert werden.

Zahlreiche Medien sowie Konsument*innenorganisationen berichteten über die Kampagne und zogen die Großverteiler zur Rechenschaft. Unter Zugzwang versicherten ihre Vertreter*innen vor laufenden Fernsehkameras, dass sie, sollte sich die Situation vor Ort nicht verbessern, in Zukunft andere Lieferant*innen suchen werden. Gleichzeitig schickten sie Qualitätsbeauftragte nach Andalusien, um sich ein eigenes Bild zu machen. Großverteiler aus ganz Europa setzten sich zusammen und schufen neue Sozillabels wie z. B. Eurepgap oder Grasp. Allerdings stützen sich diese in erster Linie auf Selbstdeklarationen der Unternehmer*innen oder auf Audits durch Firmen, in denen

³ Schweizerisch für Einzelhandelskette

Vertreter*innen der großen regionalen Unternehmen, die in der Obst- und Gemüseproduktion involviert sind, federführend sind. Bei unseren Besuchen in El Ejido mussten wir feststellen, dass selbst solche, wohl eher als „kosmetisch“ zu bezeichnende Maßnahmen, nur nachlässig angewendet wurden.

Lebens- und Produktionsbedingungen der Migrant*innen intervenierten. Europaparlamentarier*innen stützten in einer Erklärung den Vertrag, den marokkanische Landarbeiter*innen mit den Unternehmer*innen nach den Ereignissen vom Februar 2000 ausgehandelt hatten. Eine Delegation des Europaparlaments verfasste einen kritischen Bericht über die



EUROPAWEITE PROTESTE GEGEN AUSBEUTUNG

Rassistische Aggressionen gegen Migrant*innen markierten auch in den folgenden Jahren das soziale Klima in El Ejido und in der ganzen Provinz Almería. Um dem entgegenzuwirken, organisierten wir mit der SOC zahlreiche internationale Delegationen, die bei den Behörden und den Unternehmer*innenverbänden bezüglich der Arbeits-,

irreguläre Beschäftigung in der Landwirtschaft in den südlichen Ländern Europas.

Gleichzeitig warben wir mit der SOC für eine regionale und nationale Unterstützung im Kampf gegen die unakzeptablen Bedingungen im Obst- und Gemüsebau. In der Folge wurde in Sevilla ein von Hunderten von spanischen Universitätsprofessor*innen mitunterzeichnetes Manifest publiziert. Weiter wurden in mehreren Treffen mit

Akademiker*innen, Ärzt*innen, Psycholog*innen und Sozialbeauftragten die Rolle der Behörden und Unternehmen in Bezug auf die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen der migrantischen Landarbeiter*innen angeprangert und Vorschläge für nachhaltige Besserungen ausgearbeitet.

PREKARITÄT DER MIGRANT*INNEN UND SCHNELLE INDUSTRIALISIERUNG DER LANDWIRTSCHAFT ALS ZIELE UND RESULTATE DER EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFTS- UND MIGRATIONS POLITIK

Die miserablen Arbeitsbedingungen in Spanien lenkten unsere Aufmerksamkeit auf weitere Bereiche in der industriellen Landwirtschaft und wir mussten feststellen, dass in zahlreichen Ländern die Arbeitskräfte in der Früchte- und Gemüseproduktion ähnlich schlecht behandelt wurden. Als Resultat eines internationalen Treffens in Paris publizierten wir mit der „Association pour un nouveau développement“ im Frühjahr 2002 das Buch „le goût amer de nos fruits et légumes“⁴. Zwei Jahre später veröffentlichten wir „Bittere Ernte, die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas“⁵. Ob in den Niederlanden, Frankreich, Österreich, Deutschland oder in der Schweiz: Überall konnte eine zunehmende Prekarisierung der Arbeiter*innen in der Landwirtschaft beobachtet werden. Wir mussten feststellen, dass das dominierende Landwirtschaftsmodell in ganz Europa ähnliche unsoziale und umweltzerstörerische Strukturen hervorbringt. Die Landarbeiter*innen, das schwächste Glied in der Produktions-

ette, sind davon am stärksten betroffen. So berichten im Jahr 2006 zahlreiche Medien über die unmenschlichen Bedingungen in der Tomatenproduktion in Foggia in Süditalien. Weitere rassistische Ausschreitungen gegen Landarbeiter*innen folgten 2010 in Rosarno (ebenfalls in Süditalien). In Zusammenarbeit mit dem Schriftsteller Jean Dufloy verfassten wir dazu „Orangen fallen nicht vom Himmel, der Sklavenaufstand von Rosarno“⁶. Im Jahr 2013 fanden gewalttätige Übergriffe gegen ausländische Arbeiter*innen einer Erdbeerplantage in Manolada, Griechenland statt. 30 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Die schrittweise Verschärfung der Asyl-, Aufenthalts- und Migrationsgesetze in Europa in den letzten 30 Jahren drängt viele Menschen in die Illegalität und macht sie zu prädestinierten Opfern von skrupellosen Unternehmer*innen.

GROSSVERTEILER HABEN KEINE GEWISSENSBISSE

Unsere Kampagnen in der Schweiz zeigten immer wieder Wirkung. Nach den Ereignissen in Rosarno, protestierten beispielsweise Konsument*innen vor den Toren der Filialen der Großverteiler gegen den Verkauf von Mandarinen aus dieser Region. Denn kaum vorstellbar: Auch zehn Tage nach der Hetzjagd auf afrikanische Landarbeiter*innen boten einige Lebensmittelkonzerne, unter ihnen Coop, immer noch „billige Mandarinen“ aus Rosarno an. Zuvor hatten sie in den Medien das Gegenteil behauptet.

Im Frühjahr 2010 fanden in mehr als zehn Schweizer Städten koordiniert Protestakti-

4 Informations et commentaires, numéro hors série mars 2002 „le goût amer de nos fruits et légumes“

5 Bittere Ernte, Die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft, 128 Seiten EBF (2004), ISBN 3- 9522125-2-0

6 Orangen fallen nicht vom Himmel, Der Sklavenaufstand von Rosarno, 132 Seiten, EBF (2011), ISBN 3- 9522125- 3-9



onen gegen Früh-Erdbeeren aus der andalusischen Provinz Huelva statt, die unter menschenverachtenden Bedingungen produziert werden. Aufgerufen zu den Aktionen hatten die Plattform für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft, Konsument*innenvereinigungen, die Bauern- und Bäuerinnengewerkschaft Uniterre, Bio Suisse, die Europäische Kooperative Longo maï, Unia und das EBF. Gemeinsam erreichten wir, dass aus sechs Kantonen sogenannte „Standesinitiativen“ bei der Regierung in Bern eingereicht wurden, die einen „Importstopp für Lebensmittel aus ökologisch und sozial inakzeptabler Produktion“ verlangten. Die große Kammer des nationalen Parlamentes, der Nationalrat, stimmte im Dezember 2010 gegen den Willen des Bundesrats dem Inhalt der Initiativtexte zu. Die zweite Kammer, der Ständerat, erteilte ihr jedoch sechs Monate später eine Abfuhr.

GEWERKSCHAFTSLOKALE ALS AUSBILDUNGSRORTE UND SOZIALE ZENTREN

Alle Aktionen wurden in enger Koordination mit der SOC durchgeführt. Um den Migrant*innen vor Ort besser beizustehen, eröffnete die SOC Lokale in El Ejido (2005) und San Isidro (2007). Das EBF half bei der Finanzierung dieser wichtigen Vernetzungsstrukturen mit. Die Lokale von El Ejido und San Isidro dienen den Migrant*innen als Anlaufstellen und Versammlungsorte. Dort erhalten sie Beratung in Sozial- und Arbeitsrecht, können Arbeitsunfälle denunzieren, Klagen gegen Willkür und gewalttätige Übergriffe vorbereiten.

Die Gewerkschaft machte sich mit zahlreichen Aktionen in den Betrieben und mit der juristischen Beratung der Migrant*innen einen Namen. Hunderte von Prozesse



wurden vor dem Arbeitsgericht gewonnen und die Urteile verpflichteten Unternehmen zu teilweise massiven Lohnnachzahlungen an Arbeiter*innen. Zum Beispiel im Fall Biosol Portocarrero: Im Jahr 2011 wurde die Ausbeutung von Migrant*innen in diesem Betrieb durch Medien in der Schweiz und in Deutschland publik gemacht. Unsere Interventionen bei Biosuisse (wichtigste Zertifizierung für biologische Nahrungsmittel in der Schweiz) führten zur Suspendierung des Bio-Zertifikats und brachten dem Unternehmen massive Verluste ein. Schlussendlich stellte das Unternehmen nach mehreren Monaten einige der entlassenen Arbeiter*innen wieder ein, zahlte an andere hohe Entschädigungssummen und verbesserte die Arbeitsbedingungen für alle.

DER WIDERSTAND GEGEN AUSBEUTUNG UND PREKARITÄT GEHT WEITER

Der Druck auf die Betriebe durch die Präsenz von der SOC vor Ort und das internationale Zusammenwirken zeigen aber auch in anderen Bereichen Wirkung. Viele Betriebe bemühen sich den Pestizidverbrauch zu senken und die regionalen Behörden fokussieren sich neuerdings in ihrem Leitbild für die Region auf eine mehrheitlich biologische Produktion. Das ist aus unserer Sicht jedoch Augenwischerei, denn von geschlossenen Nährstoffkreisläufen oder Nachhaltigkeit kann im Plastikmeer von Almeria nicht die Rede sein. Immerhin ergeben sich durch die Bio-Zertifizierung einiger Betriebe zusätzliche Möglichkeiten, gegen das Sozialdumping zu protestieren. Und noch ein Erfolg ist zu verbuchen: Früher war eine gewerkschaftliche Organisation in den Betrieben

unmöglich - jeder Versuch wurde mit einer sofortigen Entlassung quittiert. Seit dem Fall Biosol Portocarrero konnte die SOC in einigen Betrieben Betriebsräte stellen und Gewerkschaftssektionen gründen.

Auch in der Schweiz haben die verschiedenen Kampagnen zu wichtigen Entwicklungen beigetragen. Zahlreiche Menschen sind sich bewusst geworden, dass die Industrialisierung der Landwirtschaft viel menschliches Leid mit sich bringt und zur ökologischen Katastrophe führt. Sie suchen nach Alternativen. Viele Gartenkooperationen und Vertragslandwirtschaftsprojekte, die lokale Produzent*innen und Konsument*innen zusammenbringen, sind entstanden.

Wissen um Saisongemüse und -früchte hat zugenommen – lokal produziertes Lagergemüse ist wieder in den Supermärkten erhältlich, nachdem zwischenzeitlich im Einkaufsregal nur Tomaten, Auberginen

und Zucchini einem mitten im Winter entgegensprangen.

Es gibt noch viel zu tun – aber die „politischen“ Erfolge und die konkrete Hilfe für viele betroffene Arbeiter*innen ermutigen uns, auch in den nächsten Jahren dranzubleiben.

Dank sei allen Organisationen, die sich mit dem EBF für eine soziale Landwirtschaft engagiert haben, im Besonderen: dem Solifonds, der Plattform für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft, der Bauerngewerkschaft Uinterre, der Europäischen Kooperative Longo maï, den Freund*innen aus der Mühle Nikitsch in Österreich⁷, dem französischen Kollektiv Codetras und der Bauern- und Bäuerinnengewerkschaft Confédération Paysanne, dem Verein OKIA in den Niederlanden, der Gruppe NoLager Bremen⁸ und dem Verein Interbrigadas aus Berlin.

FURTHER READINGS

le goût amer de nos fruits et légumes

Informations et commentaires,
numéro hors série mars 2002

Bittere Ernte, Die moderne Sklaverei in der
industriellen Landwirtschaft

128 Seiten EBF (2004), ISBN 3-9522125-2-0

Orangen fallen nicht vom Himmel,
Der Sklavenaufstand von Rosarno

132 Seiten, EBF (2011), ISBN 3-9522125-3-9

Willkommen bei der Erdbeerernte!

Ihr Mindestlohn beträgt ...

96 Seiten, HG.Innen: Sezioneri – Kampagne für die
Rechte von ErntehelferInnen in Österreich,
EBF (2016) ISBN: 978-3-200-04799-0

Peripherie & Plastikmeer

112 Seiten, HG.Innen: NoLager Bremen, EBF

(2008) Anatomie eines Pogroms z.B. El Ejido

138 Seiten, EBF/CEDRI, ISBN 3-9522125-0-4

⁷ Willkommen bei der Erdbeerernte! Ihr Mindestlohn beträgt... 96 Seiten, HG.Innen: Sezioneri – Kampagne für die Rechte von ErntehelferInnen in Österreich, EBF (2016) ISBN: 978-3-200-04799-0

⁸ Peripherie & Plastikmeer, 112 Seiten, HG.Innen: NoLager Bremen, EBF (2008)

UNION BUSTING MIT ALLEN MITTELN

Über das Zusammenspiel von Unternehmen, Politik und Zertifizierern
Steffen Vogel

„Todos somos Khaled!“ „Wir sind alle Khaled“, schallt es durchs Megafon am Streikposten. Die Belegschaft des Paprikaproduzenten „Godoy Hortalizas“ stellt sich demonstrativ hinter den entlassenen Kollegen und seine sechs Mitstreiter*innen. Das sollen auch die Chefs auf der Plantage bei San Isidro hören, die im August, als die Saison in Almería wieder anfangt, die sieben Wortführer*innen der Gruppe, die sich in der Gewerkschaft SOC-SAT organisiert hatten, kurzerhand entließ. Die Brüder Felipe und David Godoy, deren Firmengruppe stark expandiert, hofften so offenbar, die Gruppe der knapp 50 organisierten Kolleg*innen gefügig machen zu können. Doch als die Nachricht die Runde machte, traten alle in den Streik.

Unter den Entlassenen ist auch Zarah, eine junge Landarbeiterin, die als Kind aus Marokko nach Andalusien kam. Sie berichtet von denselben untragbaren Zuständen

im Gewächshaus, mit denen die Gewerkschaft hier täglich zu tun hat: erniedrigende Behandlung durch Vorarbeiter, giftige Pestizide ohne Schutzkleidung, Bezahlung weit unter Mindestlohn. „Statt 6,90 pro Stunde zahlt uns der Chef nur 5,35 Euro.“ Bis vor kurzem seien es nur knapp über vier Euro gewesen, die sich die Godoy-Brüder eine Arbeitsstunde kosten ließen. Erst Organisation und Druck hatten die Lohnerhöhung zur Folge.

In den Arbeitsverträgen von Zarah, Khaled und den Anderen steht *fijo-discontinuo* – eine Festanstellung mit Unterbrechung für die zwei Monate im Jahr, in denen es nach der Ernte kaum Arbeit gibt. Zum Start der neuen Saison müssen die Beschäftigten mit diesem Vertrag – das ist der Großteil der Gruppe – wieder zur Arbeit gerufen werden. Rechtlich ist der Fall glasklar, doch der Betriebsleitung sind ein Rechtsstreit oder eine Abfindung

offenbar lieber als Beschäftigte, die sich gegen die Ausbeutung im Gewächshaus wehren. Vom ersten Tag an versucht die Betriebsleitung die Streikgruppe einzuschüchtern. Co-Chef Felipe Godoy fährt mehrmals am Tag am Streikposten vorbei, filmt und fotografiert die Streikenden. Dem Betrieb gegenüber loyale Vorarbeiter drängen eine

Zutritt verwehrt, Aktive eingeschüchtert, oder von der Chefetage eingesetzte Gewerkschaftsgruppen bestimmen den Betriebsrat. In der zugespitzten Lage bei Godoy zieht die Betriebsleitung dagegen andere Register: Nach einer ganzen Woche Streik steht die Ernte auf dem Spiel, die Paprikapflanzen brauchen Pflege. Zudem werden internati-



Arbeiterin dazu wieder arbeiten zu gehen, stattdessen ihr ungebetene Hausbesuche ab. Die Anwälte der Firma drohen damit, einfach alle Streikenden auf die Straße zu setzen. Aber die Gruppe bleibt stark, fordert die Wiedereinstellung der Kolleg*innen, ein Ende der Schikanen und die Zahlung des Mindestlohns – also nicht mehr als die Einhaltung von Recht und Gesetz.

„Es herrscht ein Klima der Angst“, sagt Gewerkschaftssekretär José. „Das müssen wir durchbrechen.“ Auch in anderen Betrieben wird die Arbeit der SOC-SAT behindert, der

onale Medien und Geschäftspartner auf den Konflikt aufmerksam. Doch statt auf die Forderungen der Belegschaft einzugehen, fährt eines Morgens ein Kleinbus mit unbekannten Gesichtern am Werkstor vor - Streikbrecher. „Sie haben eine Zeitarbeitsfirma geholt. Die wollen uns ersetzen“, empört sich Modar. In den Autos der Vorarbeiter weitere Externe. Die Streikenden stellen den Vorarbeiter zur Rede. „Das ist illegal“, rufen sie. Als sich immer mehr um sein Auto scharen, tritt er aufs Gas. Er fährt mehrere Arbeiter an, Khaled wird am Fuß, Modar mit dem Außenspiegel am Arm verletzt.

Mit der Zeitarbeitsfirma will Godoy den Streikenden ihr elementares Druckmittel nehmen: die Kontrolle über die Produktion im Gewächshaus. Jeden Morgen werden Dutzende Streikbrecher*innen durchs Tor geschleust, manche durch die Hintertür, andere übernachten sogar auf der Farm. Mit diesem Rechtsbruch kommen die Chefs weitgehend durch: Die hinzugerufene Guardia Civil sieht sich nicht zuständig. Arbeitsrecht,

Applaus der Streikenden. Doch die Hoffnung auf Gerechtigkeit währt nicht lange, schon drei Tage später sind neue Streikbrecher*innen im Gewächshaus. Die Arbeitsinspektion taucht nicht mehr auf, teilt auf mehrfache Nachfrage mit, die Sozialpartner sollten ihre Probleme jetzt selbst lösen. „Wie in einer Beziehung“, da helfe es ja auch, tief durchzuatmen und in Ruhe miteinander zu reden.



nicht ihr Kompetenzbereich. Im Gegenteil, die Beamten passen auf, dass die Wagen der Streikbrecher problemlos das Tor passieren können. Die Arbeitsinspektion als zuständige Behörde ist maßlos überfordert – zwölf Mitarbeiter für 40 000 Gewächshäuser. Nach mehreren Anzeigen kommen tatsächlich Inspektoren vorbei, nehmen den Vizechef und etliche Zeitarbeiter*innen mit – unter dem

Der spanische Staat kann mit Fug und Recht als Komplize der katastrophalen Zustände in den Gewächshäusern bezeichnet werden. „Polizei, Arbeitsinspektion, andalusische und zentralspanische Regierung, alle haben Kenntnis von der Situation“, sagt Laura von der SOC-SAT. Die Unterbesetzung der Inspektion, die lange Dauer der Gerichtsverfahren – dank der neoliberal geschrumpften



staatlichen Institutionen blühen im Plastikmeer Ausbeutung und Rechtlosigkeit. Ein weiteres Puzzlestück ist die öffentliche Meinung: Während internationale Medien immer wieder über die unmenschlichen Arbeitsbedingungen berichten, sieht man spanische Journalist*innen selten. Wer über Arbeitsrechte in Almería schreibt, gilt schnell als Nestbeschmutzer*in. Die Landwirtschaft ist der größte Wirtschaftsfaktor der Region, bürgerliche Politiker*innen und Unternehmer*innen lassen nicht gerne am Image des hochentwickelten, nachhaltigen Gemüseanbaus kratzen. Den migrantischen Arbeiter*innen, die ihre Rechte einfordern, schlägt zudem immer offener Rassismus entgegen und die SOC-SAT wird, wann immer es geht, verklagt oder in schlechtes Licht gestellt. Seit Anfang des Jahres ist Andalusien rechts

regiert, Almería ist die Hochburg der neofaschistischen Vox-Partei. Beim Flugblätter verteilen im kleinen Ort Campohermoso sind die Reaktionen zweigeteilt: Aufgeschlossenheit und Freude bei den vielen Migrant*innen, unwirsche Ablehnung bei den weißen Spanier*innen. „Warum protestieren die nicht da, wo sie herkommen, in Marokko?!“ Profit aus den unmenschlichen Bedingungen schlagen natürlich nicht nur lokale Eliten und Gewächshausbesitzer*innen: Ein Großteil des Gemüses landet in deutschen Super- und Biomärkten. Deren Preisdruck ist brutal: Anfang Februar bekamen die Produzent*innen in Almería gerade mal acht Cent für ein Kilo Zucchini, 15 Cent für ein Kilo Auberginen. Zu Recht beschwerten sich Kleinbäuer*innen, dass nachhaltige Landwirtschaft mit fairen Löhnen kaum noch

möglich sei. Trotzdem boomt die Branche weiter, das Geschäft unter Plastik ist immer noch hochprofitabel [→Der Profit mit der Paprika S.37 →Ethischer Konsum? S.41]. Godoys Business etwa expandiert stark, so hört man, hektarweise neue Gewächshäuser in der Region seien in Planung.

Die Supermärkte stehlen sich indes aus der Verantwortung. Verstöße gegen geltende Rechtsvorschriften aufzuklären sei primär Aufgabe der örtlichen Behörden. Ein Großabnehmer von Godoys Paprika aus England fragt empört, warum sich die unrechtmäßig Entlassenen nicht einfach eine neue Arbeit suchen, wenn es ihnen bei Godoy nicht gefalle. Bei ALDI, Edeka und Rewe ist man vorsichtiger: Man nehme die Vorwürfe ernst. Viele verweisen auf freiwillige Leitlinien, die sie verabschiedet haben, andere auf Labels wie GlobalGAP bzw. GRASP. Auch bei Godoy schaut auf Nachfrage ein Kontrolleur vorbei. Der interviewt zwar die Streikenden, gibt aber freimütig zu, sich mit Arbeitsrechten gar nicht auszukennen, er sei schließlich Techniker. Das „unabhängige“ Zertifizierungsunternehmen Agrocolor, das ihn schickt, gehört zu Almerías mächtigem Branchenverband Coexphal¹. Zudem sitzt die Bank Cajamar, die in der Landwirtschaft gewichtige Assets hat, bei Agrocolor im Aufsichtsrat. Godoy wird das Gütesiegel behalten. „Mafia“ sprüht jemand in großen roten Lettern ans Gewächshaus.

Auf wohlklingenden Image-Seiten und gegenüber Arbeitsinspektion und Zertifikateuren werden die Missstände ausgeblendet oder gelegnet. Hinter verschlossenen Türen dagegen geben die Anwält*innen der Unternehmen

oft freimütig die Arbeitsrechtsverletzungen zu, die im Gewächshaus passieren. Doch während die SOC-SAT auf die Einhaltung von Recht und Tarifvertrag pocht, wissen die Firmen die Zeit und die ineffizienten Behörden auf ihrer Seite. Solange die Produktion nicht gefährdet ist, lohnt sich diese Strategie - so manche*r Advokat*in ist selbst Anteilseigner*in der Firmen, die sie*er vertritt.

Nach vier langen Wochen Streik bei Godoy endlich der Durchbruch: Die Anwältin sagt zu, dass die Firma fortan Mindestlohn und Pausenzeiten einhalten wird. Die Entlassenen werden voll entschädigt. Die Erleichterung bei den Streikenden ist groß. Für die Gewerkschaft SOC-SAT ist es ein hart erkämpftes Minimalziel, träumen die Genoss*innen doch von mehr als der Einhaltung der mageren Untergrenzen des bürgerlichen Rechts, nämlich von Kooperativen in Arbeiter*innenhand und einer Landreform, die endlich Gerechtigkeit ins Plastikmeer einkehren ließe [→Interview – José García Cuevas S.30]. Dennoch hat sich der Streik gelohnt. Der Streik hat die Gruppe zusammengeschweißt und von nun an weiß die „Mafia“, dass sie sich nicht alles erlauben kann. Einige wollen bei der Gewerkschaft aktiv bleiben und mitorganisieren. „Der Kampf geht weiter“, ruft Modar, als er mit verbundenem Arm aus dem Krankenhaus kommt. Und: Der Arbeitskonflikt hat in anderen Betrieben für Aufsehen gesorgt. Die Landarbeiter*innen von Almería sind gut vernetzt, über WhatsApp und Facebook werden täglich Nachrichten ausgetauscht.

Diese Vernetzung ist bitter nötig: Arbeiter*innen und Gewerkschaft sehen sich einem transnationalen Komplex aus Supermärkten,

¹ <http://stories.coop/stories/coexphal-uniting-farmers-moving-forward/>
„Innovación, redes y territorio en Andalucía“ von Gema González Romero

Zwischenhändlern, Großgrundbesitzern, wirtschaftsfreundlicher Politik und käuflichen Labels gegenüber. Auch künftige Streikgruppen werden auf erbitterten Widerstand aus den Chefetagen stoßen. Doch kann es für

Zarah, Modar, Khaled und die vielen Anderen kein „Weiter so“ geben. Oder, wie sie bei der Demo in San Isidro gemeinsam skandieren: „La lucha es el único camino“ – Der einzige Weg ist der Kampf.

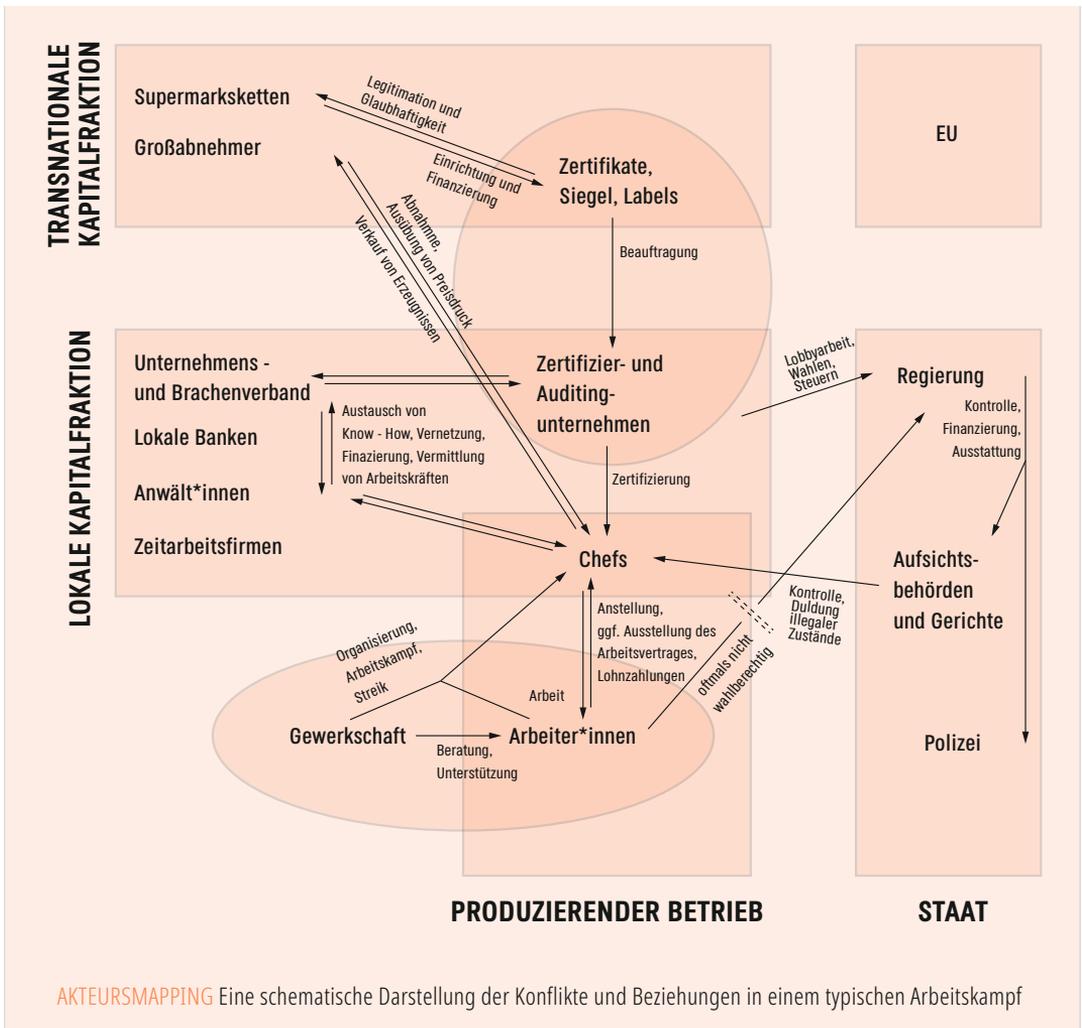
FURTHER READINGS

Agricultural Workers' Rights Abuses in Spain

Delia McGrath, 2019, Ethical Consumer Magazine
<https://www.ethicalconsumer.org/food-drink/agricultural-workers-rights-abuses-spain>

Die Entwicklung des Streiks

Dorothea Hellenthal, 2019 labournet
<https://www.labournet.de/interventionen/solidaritaet/so-entwickelte-sich-der-streik-auf-den-andalusischen-gemueseplantagen-bis-zu-seinem-ueberwiegend-erfolgreichen-ende/>



AKTEURSMAPPING Eine schematische Darstellung der Konflikte und Beziehungen in einem typischen Arbeitskampf

A black and white photograph of a woman with dark hair, wearing a dark zip-up jacket, holding a white sign with both hands. The sign has the text 'RESPECTO A LOS TRABAJADORES' written in capital letters. The background is a light-colored wall decorated with various hand-drawn sketches, including a large tree-like structure at the top, several leaves, and what appear to be fruits or vegetables like tomatoes and a banana.

RESPECTO
A LOS
TRABAJADORES

WIE UNTERNEHMEN SYSTEMATISCH ARBEITSRECHTE UNTERGRABEN

Lennart Brusinsky

Die von der Belegschaft des Produzenten „Godoy Hortalizas“ beklagten Arbeitsrechtsverletzungen [→Arbeitskampf S.18] sind in Almería kein Einzelfall. Die SOC-SAT erhält täglich Beschwerden von Arbeiter*innen verschiedener Unternehmen, welche die

tariflich festgelegten Arbeitsrechte nicht einhalten. Dabei unterscheiden sich die Praxen groß angelegter Gemüseproduktionen nur geringfügig von denen kleinbäuerlicher Unternehmen.

— **Unterschlagen von Zuschlägen für Überstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit**

— **Missachtung der Fahrtkostenerstattung**

— **Keine oder zu wenig Pausenzeiten**

— **Arbeitsschutzmängel beim Versprühen von Dünger und Pflanzenschutzmitteln**

— **Verwehrung des Rechts auf gewerkschaftliche Organisation**

Abbildung 1 Die von der Gewerkschaft am häufigsten dokumentierten Arbeitsrechtsverletzungen

Eine gängige Methode der Unternehmen ist es, den in einem Monat erarbeiteten Lohn durch den Mindestlohn des Tarifvertrags zu teilen und im Ergebnis eine geringere Arbeitszeit auf die Abrechnung zu schreiben, um so den Tarifvertragsbruch zu verschleiern. In Video 1 [→ Further watchings S.29] ist ab 0:55 zu sehen, wie die Chefin genau diese Praktik zugibt. Sie schreiben 45 € auf die Lohnabrechnung für die Verwaltung auf, zahlen reell aber nur 36 € pro Tag. Dies stellt über die

Lohnprellung hinaus einen Sozialversicherungsbruch dar.

Mit dieser Methode ist es auch möglich die Zuschläge für Überstunden sowie für Sonn- und Feiertagsarbeit zu unterschlagen. Die sprachliche Barriere sowie die Situation der Arbeiter*innen [→ Plastikmeer S.4] wird häufig ausgenutzt, indem ihnen das Unterschreiben eines finiquito aufgedrängt wird, ein Dokument, das die Arbeitgeber*innen vor möglichen finanziellen Nachforderungen schützt.

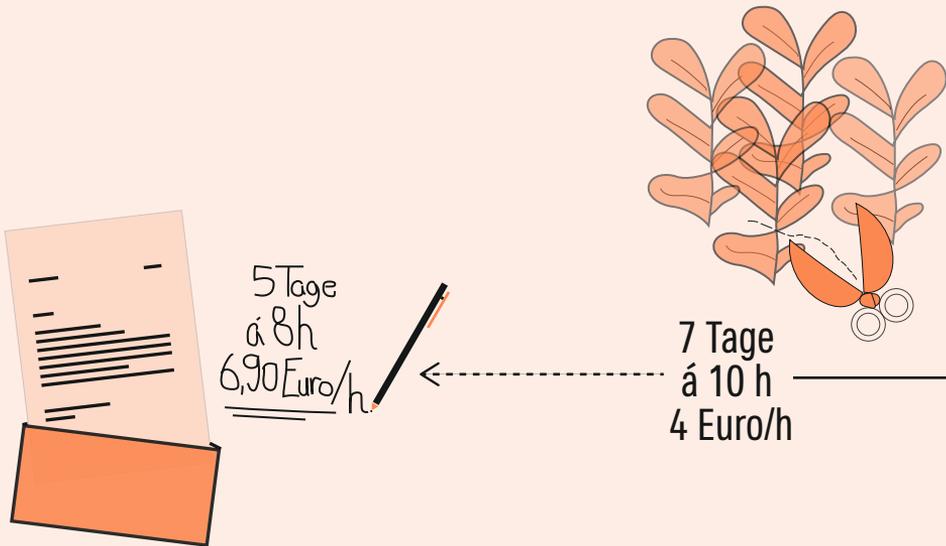


Abbildung 2 Lohnprellungen und Sozialversicherungsbruch

Rechenbeispiel: Ein*e Arbeiter*in arbeitet 7 Tage die Woche, 10 h am Tag für 4 € pro Stunde und erhält am Ende der Woche einen Lohn von 280 €. Dieser Lohn wird vom Unternehmen bei der Lohnabrechnung durch den Mindestlohn von 6,90 € geteilt und im Ergebnis der Verwaltung viel weniger, als die tatsächlich geleisteten Stunden angegeben. Hier wird ein Extrembeispiel dargestellt, jedoch schwanken die von der Gewerkschaft dokumentierten Niedriglöhne zwischen 4 € und 5 €, Arbeitstage von 10 Stunden sind üblich, zu Produktionsspitzen betragen diese u.U. auch 14 Stunden.

Die meisten Unternehmen verweigern die Zahlung der individuellen Fahrtkostenerstattung von 0,19 ct/km, wenn der Transport zur Arbeit nicht vom Unternehmen organisiert wird. In einem bekannten Fall¹ zahlte die Betriebsleitung eine Pauschale von 20 € pro Monat und vermied so eine gründliche Prüfung durch die Arbeitsinspektion.

Die tariflich festgelegten Pausenzeiten werden ebenfalls häufig nicht eingehalten. Laut Tarifvertrag muss bei einer Arbeitsdauer von mehr als 4 Stunden am Stück eine Pause von 20 Minuten eingelegt werden. Nehmen sich Arbeiter*innen diese Pause selbstständig, wird ihnen dies vom Lohn abgezogen. In dem genannten Fall kürzte nach einer Einforderung der täglichen Pause das Unternehmen den Arbeitstag. Die Arbeiter*innen wurden für 3,5 Stunden am Vormittag beschäftigt, anschließend nach Hause

geschickt und mussten am Nachmittag erneut zu einer Schicht von 3,5 Stunden antreten.

Weiterhin beklagen Arbeiter*innen Arbeitsschutzmängel beim Versprühen von Dünger und Pflanzenschutzmitteln. Da Schwefel regelmäßig zwar mit Handschuhen, jedoch ohne Masken und Schutzkleidung versprüht wird, kam es in der Vergangenheit zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen von Arbeiter*innen. Außerdem ist es nicht unüblich, dass der Arbeitsschutz von Arbeiter*innen selbst bezahlt werden muss, was einem Lohnabzug gleichkommt.

Doch die unrechtmäßigen Arbeitsbedingungen gegenüber den Arbeitgeber*innen anzuklagen, selbst mithilfe der Gewerkschaft, hat selten eine schnelle Verbesserung zufolge. Arbeiter*innen berichten mit Repressalien überzogen worden zu sein, sobald bekannt wurde, dass sie sich gewerkschaftlich



1 <http://socsatalmeria.org/wp-content/uploads/2018/11/BiosaborDE.pdf>

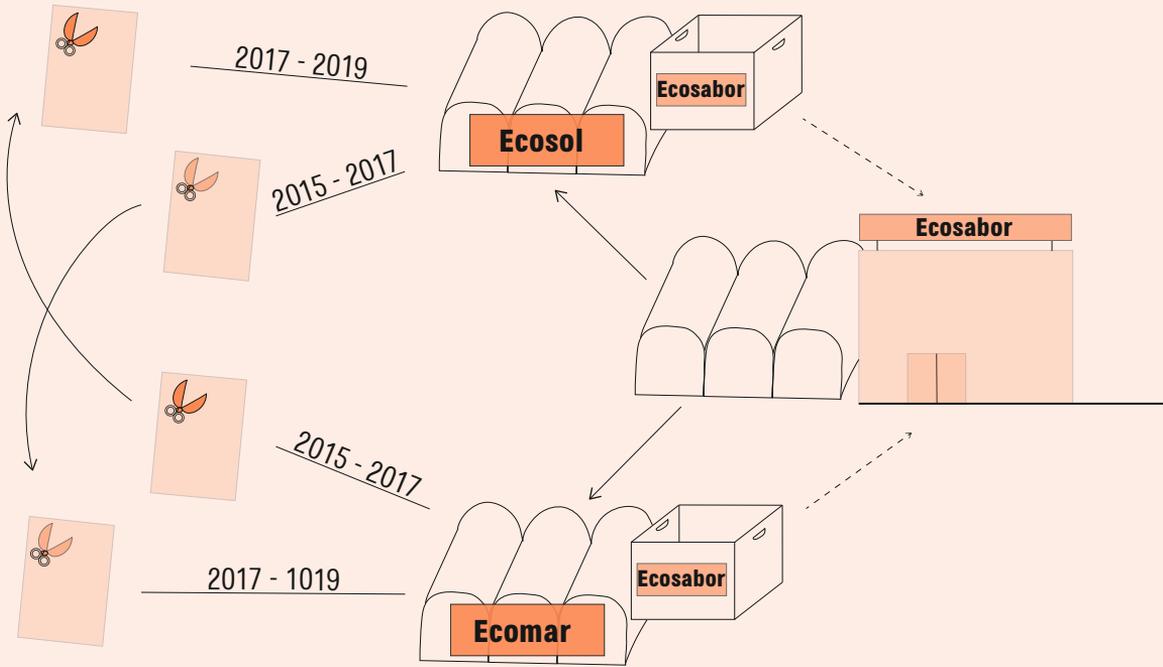


Abbildung 3 Subunternehmensstrukturen werden zum Aufrechterhalten prekärer Beschäftigungsverhältnisse benutzt

organisieren. Diese reichen von sexistischer und rassistischer Beleidigungen über Isolation am Arbeitsplatz oder der Verrichtung besonders schwerer, teilweise gesundheitsgefährdender Arbeiten bis hin zur fristlosen Kündigung.

DAS AUFRECHTERHALTEN PREKÄRER BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSE

Ein häufig auftretendes Problem stellt aber besonders in größeren Firmen, neben den oben aufgezählten Arbeitsrechtsverletzungen, die Umgehung der gesetzlich vorgeschriebenen Umwandlung von temporären Arbeitsverträgen in Festanstellungen dar.

Nach Tarifvertrag müssen Arbeiter*innen nach zwei Saisons infolge den Status eines *fijos-discontinuos* oder *fijos* entsprechend einer Festanstellung erhalten. An den Vertragsstatus sind neben einem Kündigungsschutz auch die Zahlung des Erfahrungszuschlags, der sogenannten *antigüedad*, gekoppelt. Mit steigender Betriebserfahrung steigen auch die Löhne.

Zu großen Unternehmen gehören in der Regel weitere Subunternehmen, die eigene Fincas betreiben und Arbeiter*innen anstellen. Gemüse und Obst wird jedoch ausschließlich für das übergeordnete Unternehmen produziert, das die Produkte auch vertreibt. Nach zwei Saisons hintereinan-

der bei einem Subunternehmen werden die Arbeiter*innen von einem anderen unter Vertrag genommen. Somit sind sie nach Vertrag nicht beim gleichen Unternehmen angestellt, arbeiten de facto jedoch für ein und dieselbe Firma. Die prekären Beschäftigungsverhältnisse einer temporären Anstellung werden somit über lange Zeiträume² aufrechterhalten und Arbeiter*innen leiden unter dem Druck bei Unregelmäßigkeiten fristlos gekündigt werden zu können.

Die Situation in den Gewächshäusern ist der Arbeitsinspektion und damit auch der

Verwaltung bekannt. Trotzdem wird sie weiterhin stillschweigend akzeptiert. Kein seltenes Argument der Befürworter*innen des Agrarsektors in Almería, um das profitable Geschäftsmodell zu wahren, lautet: Eine konsequentere, sozialverträgliche Regulierung der Produktionsbedingungen von Unternehmen würde zur Abwanderung in unreguliertes Gebiet führen. Das würde zwangsläufig dem Wirtschaftsmodell Almería schaden, auf dem der relative Wohlstand der Region aufbaut.



Further watchings

Abuso y maltrato laboral en tres actos –
Almería 2019

<https://www.youtube.com/watch?v=Y5b8t6jnRxA>

Días de Lucha, Días de Luto - Unter dem
Plastik der Strand

<https://vimeo.com/267462257>

² In uns bekannten Fällen waren Arbeiter*innen bis zu 15 Jahre beim gleichen Unternehmen ausschließlich temporär beschäftigt.

DER KAMPF FÜR LAND UND FREIHEIT IN ANDALUSIEN GEHT WEITER

Interview mit José García Cuevas, Sprecher der SAT Almería
Übersetzt aus dem Spanischen | Thúy Nguyen



T: Du bist jetzt seit Ende 2017 Sprecher der SOC-SAT. War es bisher immer so, dass die Sprecher*innen auch ehemalige Landarbeiter*innen waren?

J: Ja, die Mehrheit. Es ist wichtig, dass es diesen persönlichen Bezug zur Landarbeit gibt. Es ist wichtig sich nicht von der Praxis, der Arbeit auf den Feldern und in den Gewächshäusern zu entfernen, denn sonst wird es nur noch zu einer bürokratischen Arbeit einer bürokratischen Gewerkschaft, die fern von den eigentlichen Interessen der Arbeiter*innen agiert.

T: Wofür steht die SAT im Allgemeinen?

J: Die SAT hat eine ihrer stärksten Wurzeln in der Bewegung der Tagelöhner*innen in Andalusien, die für ihre Rechte und um Ländereien kämpften. Der historische Kampf um eine Landreform in Andalusien geht heute weiter und bleibt ein wichtiges Ziel für uns, d.h. das Land und die Landwirtschaft soll denen gehören, die es bearbeiten. Nicht nur das Land, sondern auch der Rest der Produktionsmittel und der produktiven Sphären soll in den Händen der Arbeiter*innen sein. Außerdem geht es auch um eine gesündere Landwirtschaft - für die Arbeiter*innen und die Umwelt. Des Weiteren müssen wir die postkoloniale europäische Politik überwinden, eine Politik des internationalen Kapitals. Europa bleibt eine Kolonialmacht. Ihr leistungsstarkes Agrarmodell dient den Profiten der großen Multinationalen der Agrarindustrie, der Agrarchemie und des Vertriebs. Und das mithilfe der Ausbeutung tausender

prekär beschäftigter, vor allem migrantischer Arbeiter*innen.

T: Bei euch ist der andalusische Nationalismus sehr stark. Was versteht ihr darunter und was verspricht ihr euch davon?

J: Wir wollen unsere andalusische Identität und Geschichte gegen diesen Postkolonialismus und Neoliberalismus verteidigen - eine Identität, die kämpferisch, inklusiv, solidarisch und antirassistisch ist. Die Identität ist eine Form, um diese historische Phase zu überwinden und die Entscheidungsmacht über unser Land (*nuestra tierra*) zurückzugewinnen. Hier ist vor allem das Thema der Einheit der Völker (*la unidad de los pueblos*) sehr wichtig, und damit auch die Mitbestimmung aller Menschen. Wir wollen gemeinsam leben und arbeiten, wir wollen brüderlich und humanistisch zusammenleben, aber in einer Position, in der wir die Politik machen und Entscheidungen treffen. Wir, die wir alle hier leben, nicht die in Brüssel.

T: Das heißt ihr wollt mehr machen als reine Gewerkschaftsarbeit?

J: Unser Verständnis ist, dass der Syndikalismus allein nicht die Probleme der Arbeiter*innenklasse lösen wird. Schon seit 1979 gibt es die Candidatura Unitaria de Trabajadores (CUT) als politischen Arm der Gewerkschaft, die vor allem in den Provinzen von Cádiz, Sevilla etc. stark vertreten ist. Ein schönes Beispiel ist Marinaleda: eine Gemeinde, die seit Jahrzehnten von der CUT regiert wird. Sie eigneten sich

Land an, gründeten Kooperativen, kultivierten das Land, schafften eine Vollbeschäftigung in einer Region, wo fast jede*r arbeitslos war. Sie schafften es Grundversorgungen für das Leben sicherzustellen, ohne Vermarktungslogik! Wie zum Beispiel Förderungen für den eigenen Bau bzw. Renovierung von Wohnmöglichkeiten, die Garantie einer Kinderbetreuung, die Wasser- und Energieversorgung in kommunaler Hand, die Entwicklung einer Plattform für Solarenergie etc. Letztendlich gibt es viele Notwendigkeiten, die mitgedacht werden müssen, in gewerkschaftlichen Kämpfen, d.h. auch der politische Kampf.

T: Almería unterscheidet sich von diesem Beispiel. Hier sind es vor allem Migrant*innen, die sich gegen ihre Ausbeutung organisieren, die ihr unterstützt. Was ist das Besondere an diesem „Kontext“?

J: Es gibt hier eine doppelte Schwierigkeit. Einerseits finden sich die Arbeiter*innen in einer komplizierten ökonomischen Situation, sind schlecht bezahlt und werden ausgebeutet. Hinzu kommt eine harte soziale Lage. Sie wohnen oft segregiert, erfahren Rassismus und nur wenige Arbeiter*innen können, oder wollen von ihren Rechten Gebrauch machen. Die meisten sind begrenzt in ihren Möglichkeiten überhaupt Kämpfe zu führen. Mit diesen verschiedenen Handicaps müssen wir agieren. Das ist oft schwer. Wir verteilen zunächst vielleicht nur den Mehrwert um, was zwar positiv ist, aber das reicht nicht, denn dieses kapitalistische System ist der Ursprung dieser ganzen Ungleichheit und

Misere. Aber wenn dieser ökonomische Kampf nicht einhergeht mit einer politischen Arbeit, mit der Übertragung von politischen Werten und Ideen anderer gesellschaftlicher Modelle, passen wir uns letztendlich nur dem System an. Deshalb ist es umso wichtiger die politische Arbeit und Ausrichtung viel stärker zu vertiefen. Hier sehe ich auch unsere derzeitigen Defizite, wir müssen mehr daran arbeiten und diesbezüglich vorwärtskommen, sei es über Debatten, Vorträge und vor allem über die Arbeitskämpfe. Die Kämpfe selbst sind ja Schulen, Orte des Lernens.

T: Seht ihr es als Problem an, dass ihr bei dieser Arbeit auf finanzielle Unterstützung von außen angewiesen seid? Welche Herausforderungen bringt das mit sich?

J: Wir kriegen finanzielle Unterstützung vor allem vom Europäischen BürgerInnenforum, dem Solifonds aus der Schweiz und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Aber es gibt auch Spendenkampagnen, wie beim Arbeitskampf bei Godoy Hortalizas. Ohne dieses Geld könnten wir gewisse Aktivitäten in diesem Maße nicht machen und auf Dauer ist das nicht nachhaltig. Der Normalfall bei der SAT in anderen Orten ist jedoch, dass es kaum bis keine Unterstützung von außen gibt und trotzdem machen sie ihre gewerkschaftliche Arbeit. Sie finanzieren sich durch Stände auf Festen, durch den Verkauf von eigenen SAT Produkten etc. Dies schafft auch Diskussionen darüber, warum es in Almería freigestellte Gewerkschafter*innen gibt und andernorts nicht, führt uns aber auch zurück zu Grundsatzdebatten



des Syndikalismus. Jedoch erfahren wir grundsätzlich viel Unterstützung, Respekt und Anerkennung von den Genoss*innen aus ganz Andalusien für unsere Arbeit hier, denn letztendlich ist es unser gemeinsames Klassenanliegen.

T: Welche Bedeutung haben internationale Kooperationspartner und Netzwerke für die SAT?

J: Hier sind vor allem die soziale Bewegung La Via Campesina und verschiedene Basisgewerkschaften in Europa zu erwähnen, mit denen wir zusammenarbeiten. Es ist wichtig sich politisch und gewerkschaftlich zu einer neuen Internationalen zu vernetzen, denn dieser globalisierte Kapitalismus braucht eine kollektive,

internationale Antwort. Wir sind Teil von La Via Campesina, um eine Referenz zu haben, welche Art von Landwirtschaft wir verteidigen, um zu zeigen, dass es möglich ist eine andere Landwirtschaft in dieser globalisierten Welt zu betreiben. Und vor allem um herauszustellen, dass das Fundament dieser Arbeit die Kleinbäuer*innen, die Landarbeiter*innen, die Tagelöhner*innen etc. sind, das darf nicht verloren gehen. Ein breites internationales Netzwerk ermöglicht es auch lokale Informationen, Basiskämpfe etc. weiter zu verbreiten und wirksamer dafür zu mobilisieren. Für mich bleibt das Wichtigste im Syndikalismus jedoch die Basisarbeit, bei der auch ihr uns zweimal im Jahr mit euren Brigaden international unterstützt.

T: Wie siehst du die Zukunftsperspektiven der SAT?

J: Vom derzeitigen Standpunkt aus sehe ich viel Potenzial, es gibt viel Resonanz von Arbeiter*innen, welche die ertragenen Bedingungen, die Ausbeutung und Schikane nicht mehr akzeptieren wollen. Das ist der wichtigste Faktor, dass es objektive Voraussetzungen gibt, damit eine kämpferische gewerkschaftliche Basisbewegung sich in dieser Provinz herausbilden kann. Was ist notwendig um dies zu erreichen? Wie schon gesagt, ein wichtiger Punkt hierbei ist der Schritt von den individuellen Forderungen zu den kollektiven Forderungen. Wenn es aber nur beim Individuellen bleibt, dann bekommen wir zwar einen kleinen Teil mehr vom Profit, aber keinen sozialen Wandel, welcher notwendig wäre, um keine Ausbeutenden und keine Ausgebeuteten mehr zu haben. Klar sind wir noch Lichtjahre davon entfernt, aber ein Teil davon ist auch selbst verschuldet, denn wir haben viele grundlegende Dinge aufgegeben, haben aufgehört Organisationen von der Basis her zu schaffen. Die Geschichte der Arbeiter*innenbewegung zeigt, dass es möglich ist, dass das Wissen da ist, aber die Praxis dessen ist zurückgelassen worden. Die direkte Arbeit der Bewusstseins-schaffung der Basis, der Organisierung, inklusive der direkten Aktionen ist verloren gegangen. Deswegen haben wir den Großteil der Gegenmacht, die wir einst hatten verloren. Auf der anderen Seite haben sich gewerkschaftliche Organisationen von ihren Arbeiter*innen entfernt. Dies ist eine andere Art von Syndikalismus, in der es darum geht eine Gewerkschaftsstruk-

tur aufrechtzuerhalten, in der es nur um Repräsentativität gegenüber dem Staat und Institutionen, aber nicht um die Mobilisierung und Organisierung der Arbeiter*innen geht. Was uns angeht, machen wir trotz der Sorgen, trotz der Schwierigkeiten weiter, wir schauen nach vorn! Möge die Gewerkschaft nach einer gewissen Zeit die Kapazitäten haben sich selbst zu regenerieren, dass Genoss*innen beständig dabei bleiben können, aber danach auch andere übernehmen können. Denn was am Ende ausschlaggebend ist, ist eine Organisation, die die Fähigkeit hat zu kämpfen und sich zu regenerieren, und viele Menschen hat, die sich für sie einsetzen.

INFOBOX – SAT

Matthias Grüber

Die Andalusische Arbeiter*innengewerkschaft SAT (Sindicato Andaluz de Trabajadores/as) ging 2007 aus einem Bündnis sieben andalusischer Gewerkschaften hervor, unter anderem der traditionsreichen Landarbeiter*innengewerkschaft SOC (Sindicato Obreros del Campo). Formell gesehen ist sie eine regionale Gewerkschaft, d.h. nicht auf einzelne Wirtschaftssektoren begrenzt und zählt etwa 20 000 Mitglieder in ganz Andalusien. Sowohl in den Provinzen Andalusiens als auch andalusienweit ist die SAT über basisdemokratische Asambleas (Versammlungen) organisiert und beschreibt sich selbst als klassenkämpferisch. Als Teil der internationalen Kleinbäuer*innen und Landlosenorganisation La Via Campesina, welche weltweit für Ernährungssouveränität kämpft, versteht sie sich als Teil einer globalen Bewegung und bekennt sich zum Internationalismus.

Es wäre falsch die SAT nach dieser kurzen Beschreibung lediglich als klassische Gewerkschaft zu sehen, denn sie findet ihren Ausdruck in einer breiteren politischen Bewegung, deren Geschichte schon weit zurück reicht. Nach wie vor erregen die direkten Aktionen der SAT Aufmerksamkeit, darunter z.B. Landbesetzungen, Blockaden von Unternehmen sowie solidarische Umverteilungen von Waren aus Supermärkten. Auch die Stadt Marinaleda ist weit über Andalusien hinaus

bekannt als ein Stück gelebte Utopie und wird seit 1979 unter kommunistischen Prinzipien von einem Wahlbündnis verwaltet, das aus der SOC heraus gegründet wurde. In Marinaleda und anderen Orten betreibt die SAT weiterhin landwirtschaftliche Kooperativen, die selbstverwaltet produzieren und die Strukturen der Gewerkschaft unterstützen. Ein wichtiges politisches Ziel für die Gewerkschaft ist die linksnationalistische Unabhängigkeit Andalusiens. Sie fordert politische und kulturelle Selbstbestimmung. Der spanische Nationalstaat, die Monarchie sowie das Erbe aus der franquistischen Diktatur werden abgelehnt.

Eine Sonderstellung innerhalb der SAT haben die Büros der SOC-SAT in Almería inne. Sie wurden im Jahr 2000 mit Hilfe des Europäischen BürgerInnenforums eröffnet, nachdem es zu rassistischen Pogromen gegen marokkanische Landarbeiter*innen gekommen war, die in der Region den Großteil der intensiven Landwirtschaftsproduktion leisten. Die anderen Gewerkschaften ignorierten die Unruhen und die Migrant*innen begannen sich vermehrt selbst gegen Rassismus und ihre Ausbeutung zu erheben. Durch die besondere Situation in Almería stehen hier neben den Arbeitsrechten nach wie vor Themen wie Rassismus, Aufenthaltsrecht sowie prekäre Wohn- und Lebensverhältnisse im Fokus der Gewerkschaftsarbeit.

EIN GESETZ GEGEN AUSBEUTUNG IM GEWÄCHSHAUS?

Initiative Lieferkettengesetz

Steffen Vogel

„Wenn das für uns interessant wäre, hätte sich schon jemand bei Ihnen zurückgemeldet.“

Die deutlichste Antwort auf unsere Nachfragen gibt die Verwaltung eines Berliner Supermarktes. Wir hatten per Mail darauf aufmerksam gemacht, dass die Paprika, die dort alltäglich verkauft werden, unter schwerwiegenden Verletzungen von Arbeitsrechten produziert werden. Die Supermärkte hatten wir über Etiketten recherchiert, doch die meisten speisen uns mit vorformulierten Statements ab. Nur wenige gehen unseren Beschwerden tatsächlich nach. Rechtlich verpflichtet, dafür zu sorgen, dass hinter den angebotenen Produkten keine Ausbeutung, Schikane oder mangelhafter Arbeitsschutz steckt, sind sie nicht.

Die zivilgesellschaftliche „Initiative Lieferkettengesetz“ will das ändern: Sie fordert ein Gesetz, das Unternehmen verbindliche menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflichten auferlegt und sie für Verstöße

haftbar macht – entlang ihrer gesamten Lieferkette. Hat ein solches Gesetz das Potenzial, auch die Situation der Arbeiter*innen im Plastikmeer von Almería zu verbessern?

Der Aufschrei ließ nicht lange auf sich warten: Als „großen Unfug“ bezeichnet Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer das Lieferkettengesetz. Der arglose Unternehmer stehe „mit beiden Beinen im Gefängnis“, wenn er plötzlich für Menschenrechtsverstöße seiner Zulieferer haften müsse. Für die Achtung von Recht und Gesetz seien der ausländische Geschäftspartner und der dortige Staat verantwortlich. Nicht nur in Almería zeigt sich dagegen, dass sich Arbeiter*innen oft nicht gegen Rechtsverstöße wehren können, da der Staat weder fähig noch willens ist, diese zu verfolgen [→Arbeitskampf S.18]. Diejenigen, die am meisten profitieren [→Der Profit mit der Paprika S.37], haben durch ihre Geschäftspraktiken kaum Risiken zu befürchten.

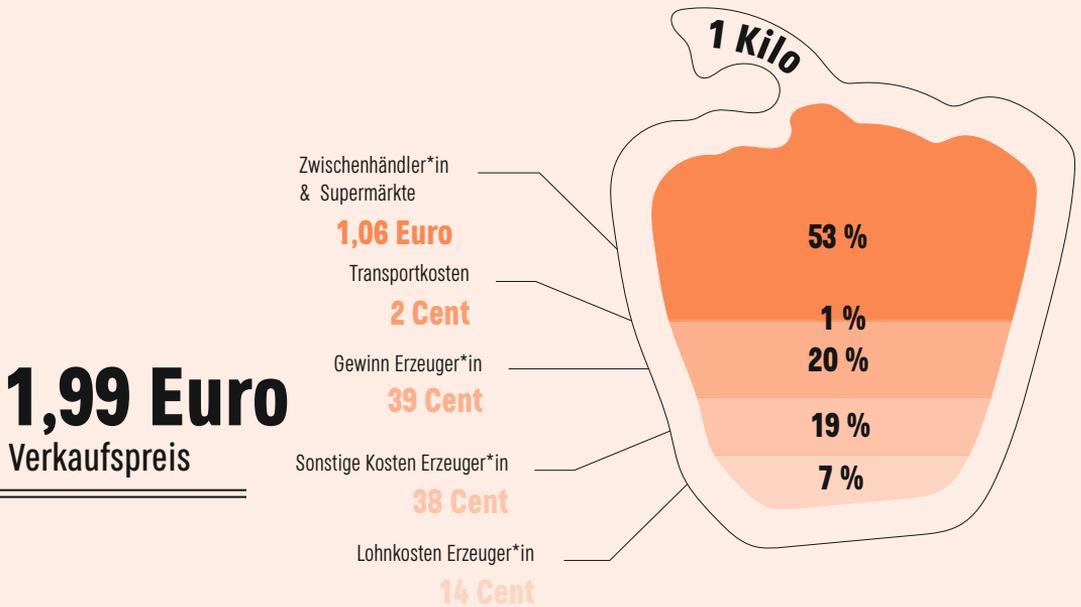


Abbildung 1 Der Profit mit der Paprika

Die Berechnung zeigt, dass von einem in Deutschland verkauften Kilogramm Paprika aus Almería nur etwa 7 % des Endpreises bei den Arbeiter*innen im Gewächshaus ankommen. Für die Erzeuger*innen, die zwar unter Preisdruck wirtschaften und gewisse Risiken tragen, ist das Gemüsegeschäft in Almería immer noch einträglich, was die fortwährende Expansion des Sektors erklärt. Während die Transportkosten am Gesamtpreis zu vernachlässigen sind, bleibt der größte Teil der Marge beim Zwischen- und Einzelhandel, wobei hier noch Personal- und sonstige Kosten den Reingewinn schmälern.

Nach der Logik der neoliberalen Globalisierung handelt es sich bei hohen Arbeitsstandards, Umweltauflagen und effektiven Rechtsmitteln für Beschäftigte um Wettbewerbsnachteile. Hebt ein Land die Standards an, zieht das Kapital einfach weiter zu einem günstigeren Markt. Diese Dynamik soll das Lieferkettengesetz umkehren: Unternehmen ab einer Größe von 250 Mitarbeiter*innen würden verpflichtet, bei Auslandsgeschäften Risikoanalysen zu erstellen, also Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf Menschenrechte zu ermitteln und Präventionsmaßnahmen darzulegen. Edeka etwa

müsste angemessene Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass in den Gewächshäusern seiner andalusischen Gemüse-Zulieferer Arbeiter*innen durch Pestizide vergiftet oder unter Mindestlohn bezahlt werden.

Verstößt das Unternehmen gegen seine Berichtspflichten, könnte es sich Bußgelder einhandeln. Aber auch eine zivilrechtliche Haftung würden durch das Gesetz festgelegt: Eine*r Arbeiter*in, deren Menschenrechte in Spanien verletzt wurden, stünde der Klageweg in Deutschland offen; Edeka müsste, wenn es nachweislich seine Sorgfalt verletzt

hat, Schadensersatz zahlen. Außerdem hätte das Unternehmen wirksame Beschwerdemechanismen einzurichten, sodass Missstände in der Lieferkette angezeigt werden können – etwa von Gewerkschaften wie der SOC-SAT.

Doch wie viele der Forderungen der NGOs wird die Große Koalition tatsächlich in Gesetzesform gießen? Zwar haben sich Teile der Regierung bereits für ein Lieferkettengesetz ausgesprochen, darunter Entwicklungsminister Müller und Arbeitsminister Heil. Das mit der Lobby verbandelte Wirtschaftsministerium dagegen wird alles versuchen, das Gesetz zu verhindern oder zumindest die Regelungen abzuschwächen.

Eine wichtige Stellschraube ist dabei der materielle Maßstab der Sorgfaltspflichten: Welche Rechte müssen genau eingehalten werden? NGOs und Linke plädieren für eine breit verstandene Menschenrechtsgrundlage, nebst internationalen Umweltstandards und den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Dies würde auch die Einhaltung von existenzsichernden (Mindest-)Löhnen, geregelte Arbeitsverhältnisse, das Recht zu gewerkschaftlicher Organisation und Arbeitsschutzstandards einschließen – Rechte, die im Plastikmeer regelmäßig missachtet werden. Andererseits könnte ein Lieferkettengesetz „light“ im Verhandlungsprozess auf Einzelatbestände oder Extremfälle abgeschwächt werden.¹

Ein zweites Einfallstor bietet sich bei der Erfüllung der Sorgfaltspflicht. Da viele Unternehmen versuchen würden, ihr Risiko möglichst günstig zu externalisieren, könnte ein neuer Zweig des profitorientierten

Zertifikate-Business entstehen. Die Prüfer*innen solcher Audit-Unternehmen haben den wirtschaftlichen Anreiz, bei Missständen nicht genau hinzusehen, kritische Stimmen von Arbeiter*innen und Gewerkschaft zu überhören und Gefälligkeitsgutachten auszustellen – all das haben wir in Almería beobachtet². Deshalb müssen erstens die Audit-Firmen selbst Adressatinnen des Lieferkettengesetzes sein und für mangelnde Sorgfalt haften; zweitens müssen sie direkter staatlicher Kontrolle unterliegen, sodass bei Betrug die Lizenz entzogen werden kann. Drittens müssen sowohl die Prüfkriterien als auch -ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich sein, um Licht in die „Black Box“ der Auditierungen zu bringen.

Letztens liegen die Unzulänglichkeiten eines nationalen Gesetzes zur Bekämpfung globalisierter Strukturen auf der Hand. Während die Wirtschaft dieses Argument vorbringt, um den Status Quo ihrer eigenen Strafflosigkeit beizubehalten, müssen aus einer Menschenrechtsperspektive etwa der internationale Prozess für einen UN-Treaty vorangetrieben werden. Bei diesem hat die Bundesregierung bisher eine recht klägliche Blockade-Rolle eingenommen.

Als Interbrigadas begrüßen wir die Initiative für ein Lieferkettengesetz. Es wäre ein großer Schritt in die richtige Richtung und hätte, klug ausgestaltet, das Potenzial, die großen Profiteure von Ausbeutung und Entrechtung endlich haftbar zu machen. Gleichzeitig bleiben noch viele Fragen ungeklärt. Unsere Genoss*innen von der SOC-SAT haben uns gezeigt, das Stück vom Kuchen zu fordern, ohne die ganze Bäckerei aus dem Blick zu

¹ Arbeitsminister Heil sprach unlängst von einem „Lieferkettengesetz mit Augenmaß“. Dies lässt befürchten, dass das Gesetz, wenn es denn den Widerstand der Wirtschaftslobby überwindet, auf Einzelatbestände wie (schwere) Kinderarbeit, wie sie Minister Müller unlängst in den Vordergrund stellte, oder eine „Gefahr für Leib und Leben“ (Heil) beschränkt würde.

² Der Zertifizierer Agrocolor etwa gehört zum größten Branchenverband der Region Almería, Coexphal. Berichte von Audits, die uns Supermärkte vorlegten, übernahmen völlig unkritisch die Argumente des Unternehmens. Zur allgemeinen Problematik von Sozialaudits, siehe https://saubere-kleidung.de/wp-content/uploads/2019/11/Factsheet_Sozialaudits_November-2019_CCC-DE.pdf

verlieren. Auf eine wirkliche Demokratisierung der Wirtschaft, solidarische Produktionsformen, Ernährungssouveränität, Landreform und gerechten Welthandel werden sich Kapital und bürgerliche Regierungen nicht

(kampflos) einlassen. Deshalb wird auch das progressivste Lieferkettengesetz gewerkschaftliche Organisation und internationale Solidarität im Kampf für eine gerechtere Welt in Almería oder Berlin nicht ersetzen.



FURTHER READINGS

Warum wir verbindliche Regeln für alle brauchen

Inkota-Netzwerk, 2019. Konzernverantwortung (Südlink-Magazin Dezemer 2019)

<https://www.inkota.de/index.php?id=2661>

Sorgfältig verwässert. Wie die Wirtschaftsverbände versuchen, ein Lieferkettengesetz zu verhindern

Karolin Seitz, 2019

https://info.brot-fuer-die-welt.de/sites/default/files/blog-downloads/briefing_1119_sorgfaeltig_verwaessert_online.pdf

Edle Tees für Hungerlöhne

Benjamin Luig (2019) Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung

https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/EdleTees_2teAufl.pdf

Sozialaudits – Wie sie Unternehmen schützen und Arbeiter*innen im Stich lassen

Kampagne für saubere Kleidung, 2019

https://saubere-kleidung.de/wp-content/uploads/2019/11/Factsheet_Sozialaudits_November-2019_CCC-DE.pdf

Arbeitsbedingungen in der globalen Zulieferkette: Wie weit reicht die Verantwortung deutscher Unternehmen?

Saage-Maaß (2011) Berlin: Friedrich-Ebert Stiftung



DEMETETERDEMETE
BIOLANDBIOLAND
NATURLANDNATUR
LANDBIOKREISBIO
KREISBIOPARBIO
ARKECOLANDECOL
ANDGÄGÄÄECOVIN
ECOVINDEMETETERDE

ETHISCHER KONSUM QUO VADIS?

Warum uns Bio und Fairtrade nicht retten werden

Tillson González

Der Konsum von nachhaltigen Lebensmitteln rückt in den gesellschaftlichen Mainstream. Weithin sichtbar sind die Kampagnen von Supermarktketten, die für ihr verstärkt nachhaltiges Produktsortiment werben. Die stetig wachsende Gruppe von ethischen Konsument*innen, die einen Wert auf ökologisch und sozial nachhaltige Produkte legt, wird von den Akteur*innen in der Landwirtschaft und Industrie aufmerksam beobachtet. Es entstehen immer neue Labels neben „Bio“ und „Fairtrade“, die die wachsende Nachfrage an nachhaltigen Produkten widerspiegeln. Der sogenannte ethische Konsum bedeutet den Kauf von Produkten, die ohne ökologische und soziale Ausbeutung hergestellt wurden. Doch was steckt hinter dem Versprechen, das die nachhaltigen Zertifizierungen verheißen? Schafft der Konsum von zertifizierten Produkten auch eine ökologisch und sozial nachhaltige Realität? Wo liegen die Probleme und Grenzen des ethischen Konsums?

Globale Krisen ohne Lösung

Wie anfällig unser globales Produktions- und Konsumgeflecht für soziale und ökologische Ausbeutung ist, zeigt sich immer wieder in Skandalen von desaströsen Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzungen - egal ob in den Nähereien in Bangladesch, in den Palmölplantagen in Guatemala, im andalusischen Gewächshaus oder in der Spargelernte in Brandenburg. Es ist eine plakative Feststellung zu sagen, dass der entgrenzte globale Kapitalismus aus der Ausbeutung des Menschen und der Natur seinen Profit schöpft. Dennoch erzählt die Situation der Arbeiter*innen in den andalusischen Gewächshäusern und Abpackhallen exemplarisch von den verfestigten Strukturen der Ausbeutung. Der vorgegaukelte Anspruch und die Wirklichkeit einer nachhaltigen Produktion klaffen oft weit auseinander. Es drängen sich berechnete Fragen auf: Könnten Unternehmen unter den derzeitigen Bedingungen tatsächlich mit ökologisch und sozial nachhaltiger Praxis Profite abwerfen? Wenn

ja, warum sollten sie überhaupt etwas anderes tun?

VERSPRECHUNGEN OHNE VERBINDLICHKEIT UND KONTROLLE

Die Missachtung von sozialen Standards ist auch in biologisch zertifizierten Betrieben verheerende Realität. Die Labels und Zertifizierungen sind die kapitalistische Verwertung von Forderungen, Bildern und Begriffen ökologischer und sozialer Bewegungen. Zertifikate können keine glaubhafte Orientierung bieten, weil das System der Zertifizierung inhaltliche und strukturelle Schwachstellen aufweist.

Großteil der Bio-Landwirtschaftsbetriebe hinter sich vereinen. Als private Verbände definieren sie ihren Verbandszweck und ihre Richtlinien selbst, die dann für die teilnehmenden Betriebe gelten. Der Fokus der Richtlinien lag bislang auf Standards für die biologische Bewirtschaftung. Die Verbände würden ihre Glaubwürdigkeit in der gesellschaftlichen Wahrnehmung jedoch verlieren, wenn sie unter menschenunwürdigen Bedingungen wirtschaften würden.

Sie sehen sich deshalb seit einigen Jahren gezwungen auch Sozialstandards zu definieren. Im Gegensatz zu staatlichen und rechtsverbindlichen Regelungen wie einem Arbeits- und Tarifrecht gleichen die privaten



Exemplarisch stehen dafür große und kleine deutsche Bioverbände, die mit ihren Siegeln in jedem Supermarkt bis hin zum Bioladen vertreten sind. Diese Bioverbände sind privatwirtschaftliche Institutionen, die einen

Sozialstandards der Bioverbände einer freiwilligen Selbstverpflichtung, die kaum bzw. keinen Rechtsbindungswillen aufweisen und wenn überhaupt kaum über gesetzliche Standards hinaus gehen. Oft wird die Wirksamkeit

der Standards weiterhin abgeschwächt, weil es keine effektiven unabhängigen Sanktions- und Kontrollmechanismen gibt [→Infobox GlobalG.A.P. S.43].

Abgesehen vom Inhalt der Richtlinien erklärt die Struktur der Verbände die mangelhafte Wirksamkeit in der Kontrolle von Sozialstandards. Die Bioverbände sind in erster Linie als Interessenvertretung von Arbeitgeber*innen zu verstehen. Die Gestaltung und Umsetzung der privaten Sozialstandards fundiert nicht auf der Grundlage von Interessen der Arbeiter*innen. Dass dabei durchsetzungsfähige Strukturen und Kontrollen zur Achtung und

Wahrung von Sozialstandards der Rationalisierung zum Opfer fallen, ist naheliegend. Im Prozess der Zertifizierung prüft das Zertifizierungsunternehmen im Auftrag vom Verband, ob der entsprechende Betrieb den Standard erfüllt. Alle beteiligten Unternehmen haben eine strukturelle Befangenheit und wollen so viele Zertifizierungen wie möglich ausloben [→Lieferkettengesetz S.36]. Der einzige Mechanismus, der Verbände zu einem gewissen Grad an Integrität hält, ist der Verlust an Glaubwürdigkeit in der öffentlichen Wahrnehmung, wenn es zu Skandalisierungen der Zustände in ihren Lieferketten kommt.

INFOBOX GLOBALG.A.P.

Das Label für eine „gute landwirtschaftliche Praxis“ GlobalG.A.P. dient als Europas wichtigstes Kommunikationsmittel zwischen Produzent*innen und Händler*innen. Es versteht sich selbst als eine Art Management-Tool, das Informationen über die Erfüllung der Standards veröffentlicht. So zum Beispiel geht die REWE Group nur eine Geschäftsbeziehung mit einem Anbaubetrieb ein, wenn er nach dem GlobalG.A.P. Standard zertifiziert ist. Gerade in den Arbeitskämpfen, die wir begleitet haben, erwies sich das Prüfsystem GlobalG.A.P. als wenig hilfreich: In keinem der Fälle wurde trotz anhaltender Verstöße das Label entzogen. Diese und die folgenden Schilderungen sind unsere gesammelten Erfahrungen aus Arbeitskämpfen in Betrieben in Almeria. In Verbindung mit einer nach außen hin spärlichen Kommunikation scheint das Label nicht mehr als eine beschwichtigende Funktion zu erfüllen. In konkreten Auseinandersetzungen in zertifizierten Unternehmen ist die geführte Kommunikation stets unkonkret und wird irgendwann

abgeblockt. Es scheint als entwickle das Label kaum Interesse, selbst Kenntnis von den Arbeitsrechtsverstößen im Betrieb zu gewinnen und reagiert nur auf von uns zugetragene Informationen. Es wird keine Auskunft darüber gegeben, wie der Betrieb plant, die offensichtlichen Missstände zu beheben. Es lastet kaum Druck auf dem Unternehmen, sodass es seine ausbeuterische Praxis fast unbekümmert fortsetzen kann. Für die Arbeiter*innen und Gewerkschaften gibt es außerdem kein zugängliches und transparentes Meldeverfahren. Konkret bedeutet das, dass die nach Griechenland outgesourcte Meldestelle nicht niederschwellig erreichbar ist. Für die überwiegend arabisch- und spanischsprachigen Arbeiter*innen gibt es kein Meldeportal in der jeweiligen Sprache. Laut GlobalG.A.P. ist das ausreichend, weil auf dem Papier definiert ist, dass eine Beschwerdemöglichkeit im Betrieb vorhanden sein muss. Die Realität sieht leider allzu oft anders aus.

Dass einzig der ethische Imageverlust der Antrieb für die Entwicklung von Sozialstandards ist, spricht nicht gerade für die Arbeiter*innenrechte in den Verbänden.

KAPITALISTISCHES WESEN DES LABEL-MARKTES

Der Widerspruch zwischen der Realität in den Betrieben und Versprechungen der nachhaltigen Labels lässt sich nur folgendermaßen deuten: Der globale Kapitalismus vereinnahmt die Kritik an seinen ausbeuterischen Strukturen und erfindet daher Label für einen ethischen Konsum. Ein Label ist einer ständigen Wachstumserwartung ausgesetzt. Eine wachsende Nachfrage nach einem Produkt führt zu mehr Zertifizierungen. Spätestens bei der Untersuchung der formulierten Absicht eines Labels wird klar, dass es weder um die Reduktion des Konsums, noch um weniger ausgebeutete Arbeitskräfte oder um weniger extrahierte Rohstoffe geht. Stattdessen bleiben die globalen Produktionsbedingungen unverändert. In der Wirkung fungieren Label deshalb als Legitimation für die Rohstoffausbeutung und herrschenden Produktionsbedingungen. Sie sichern den Marktzugang der Produzent*innen und den Zugang zu Rohstoffen für die teilnehmenden Unternehmen.

KRAFTLOSE ETHISCHE KONSUMBEWEGUNG

Die Bürger*innen werden in der Rolle von Konsument*innen in eine ohnmächtige Rolle gedrängt. Die Industrie und Politik schieben die Verantwortung auf die Konsument*innen, die entscheiden sollen, dass es in der Lieferkette nicht zu Umweltzerstörung und

Menschenrechtsverletzungen kommt. Doch warum müssen wir uns individuell dafür entscheiden, nicht auszubeuten? Es ist die Aufgabe von politischer Regulierung, solche Zustände zu verhindern. Doch statt einer politischen Initiative führt die Verantwortungsverschiebung zu einem moralischen Wettbewerb zwischen „guten“ und „bösen“ Konsument*innen. Anstatt mit einer Stimme zu sprechen, wird das gemeinsame Interesse in gegenläufige Bewegungen geteilt. Der ethische Konsum ist eine Ab- und Ausgrenzung von Menschen, die nicht am ethischen Konsum teilhaben. Die ethische Konsumbewegung lähmt die politische Organisation durch die Entlastung des Gewissens einzelner Menschen. Letztlich liegt die einzige Hoffnung in der individuellen Konsumententscheidung, um die Unternehmen zum „Guten“ zu wandeln.

AUSLAGERUNG ALS SELBSTVERSTÄNDNIS

Es ist offensichtlich, dass die globale Ungerechtigkeit nicht in der individuellen Kaufentscheidung begründet liegt. Der Begriff der Externalisierungsgesellschaft kann das globale Muster besser erklären. Der westliche Wohlstand sichert seine Existenzgrundlage durch Auslagerung von sozialen und ökologischen Kosten in die Peripherie und Länder des globalen Südens. Diese aneignenden Machtstrukturen sind oftmals verschleiert und nur auf den zweiten Blick sichtbar. Die Situation in den Gewächshäusern Andalusiens zeigt, dass der spanische Staat und die EU ein eigenes Interesse an den Zuständen entwickelt haben. Der hochkonzentrierte und boomende landwirtschaftliche Sektor liegt nicht ohne Grund an der Außengrenze Euro-

pas. Die Befangenheit den eigenen Wohlstand durch das „Wirtschaftswunder Almeria“ gegen die unmenschlichen Zustände aufzuwiegen, führt dazu, dass auch die Ordnungsbehörden die Augen vor den Zuständen verschließen [→Arbeitskampf S.18]. Die rechtlichen Spielregeln werden von einigen Unternehmer*innen eigenmächtig ausgehebelt – ohne Konsequenzen. Das Interesse institutioneller Akteure an den Zuständen lässt sich bis nach Deutschland nachzeichnen. Billige Konsumgüter sind politisch erwünscht, denn damit lassen sich gleichzeitig der Lohn niedrig und der Konsum hoch halten. Dieser Effekt ist besonders stark in Kombination mit der Externalisierung, also der Auslagerung von Ausbeutung auf die Menschen des globalen Südens. Der innergesellschaftliche Frieden bleibt hierzulande gewahrt, weil die sozialen Kosten unsichtbar sind und nicht von uns getragen werden. Zusätzlich entwickelt sich ein fatales Bewusstsein über eine scheinbare „Natürlichkeit“ und Normalität, dass die Produktions- und Konsumverhältnisse des globalen Nordens auf Kosten des globalen Südens gehen. Dieses Bewusstsein greift der ethische Konsum nicht an, sondern reproduziert es. Dieser Zustand wird als imperiale Lebensweise beschrieben, der die hegemoniale Vormachtstellung in der Welt nicht kritisch hinterfragt.

WAS IST POLITISCHER KONSUM?

Wir stehen vor der großen Herausforderung die jahrzehntelang eingeübten Konsummuster zu überwinden. Die abgeleitete idealistische Forderung des politischen Konsums ist der Bruch mit der Externalisierung und deren Selbstlegitimation über die imperiale

Lebensweise. Es ist allerdings eine abstrakte Anleitung und ignoriert die materiellen Voraussetzungen eines Großteils der Welt. Eine weitere Konsumbewegung, die nur für die privilegierten Teile der Menschheit zugänglich ist, ist keine Lösung des Problems. Der politische Konsum entwickelt daher Forderungen, die eng mit denen der Bewegungen verbunden sind, die sich gegen die Wirkzwinge des globalen Kapitalismus stellen. Es geht um das Unterstützen einer politischen Organisation statt die Lösung zu einer individuellen Kaufentscheidung zu stilisieren. Politische Bewegungen für soziale und ökologische Gerechtigkeit sind zum Beispiel die Kämpfe um Landrechte, um Ernährungssouveränität und die Folgen des Klimawandels. Sie formulieren Forderungen aus denen wir alternative Produktions- und Konsumgewohnheiten erlernen können. Es lohnt sich die Projekte zu unterstützen, die als Pioniere in der sozial-ökologischen Transformation agieren, zum Beispiel der SOC-SAT [→Interviews S.30 und S.48]. Politischer Konsum bedeutet über solidarischen Handel mit Akteur*innen zu kooperieren, die einen Wandel der Konsum- und Produktionsbedingungen in ihrer Agenda tragen.

POLITISCHER KONSUM – UND JETZT?

Dass diese Welt, in der wir leben, mit ihren komplexen globalen Beziehungen nicht auf einen Schlag anders produzieren und konsumieren kann, ist klar. Es wird zumindest unmittelbar weiter Supermärkte und auch eine grüne Konsumbewegung geben. Aus dieser Realität heraus wird uns oft die Frage gestellt, ob wir in Deutschland nun weiter andalusische und/oder biologische Tomaten

kaufen sollten. Das Plädoyer lautet weiterhin, dass die individuelle Kaufentscheidung nie die Lösung der Probleme bringt. Gegen die strukturelle Wirkungslosigkeit der nachhaltigen Labels bringt nur ein unabhängiger und konsistenter Akteur den Antrieb für eine soziale und ökologische Gerechtigkeit. Der Staat schafft durch seine Gesetze und Richtlinien zumindest eine Gerichtsbarkeit, aber ist in seinen Entscheidungen nicht neutral. Machtverhältnisse in einer Gesellschaft spiegeln sich in den Regelungen und Prinzipien

des Staates wider. Es ist also mit Vorsicht zu genießen, dem Staat alle Verantwortung zur Gestaltung der sozio-ökologischen Transformation zuzuschreiben. Durch politischen Druck und zivilgesellschaftliches Engagement entstehen allerdings wertvolle Gesetzesregelungen, wie sie die Initiative Lieferkettengesetz fordert. Der Boykott von andalusischen Tomaten wird unter den Rahmenbedingungen, in denen wir leben, nur eine weitere Externalisierung bewirken. Die jüngste Tendenz zeigt, dass Marokko der nächste

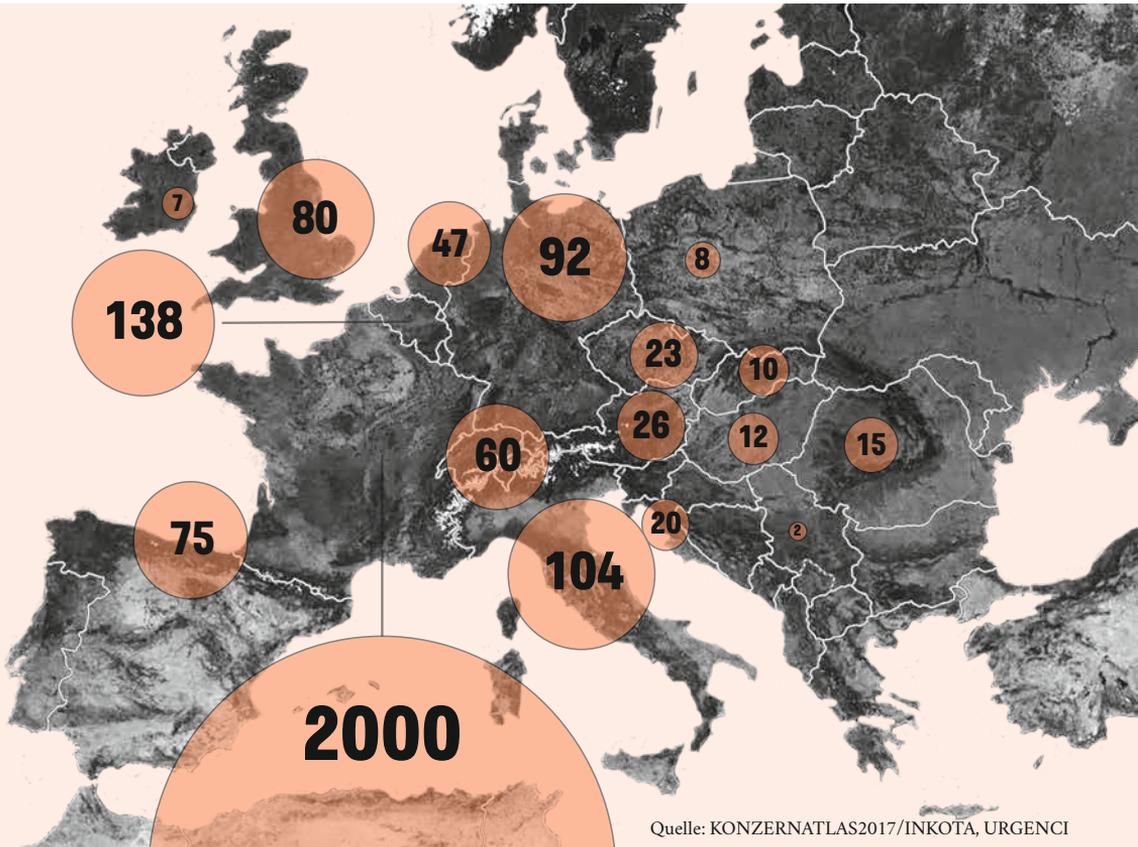


Abbildung 1

Die Grafik zeigt die Anzahl der registrierten SoLaWi-Projekte in einigen europäischen Ländern. Solidarische Landwirtschaftsbetriebe sind ein Beispiel für neue und nachhaltigere Konsummuster.

Standort für den Tomatenanbau sein wird. Dort werden die Tomaten für Europa unter noch widrigeren Bedingungen angebaut. Es bleibt der Appell an alle Konsument*innen in Deutschland und Europa vor allem die politischen Handlungsspielräume für eine soziale und ökologische Transformation zu eröffnen. Wenn das für einige Menschen nur durch die Auswahl im Einkaufskorb geschehen kann, dann sollten wir damit wenigstens die Pioniere und Netzwerke unterstützen, die für eine soziale und ökologische Welt kämpfen.

FURTHER READINGS

Dokumentation: „Das Gütesiegel – Arbeitsbedingungen in einer zertifizierten Welt“
von B. Marks, et al. siehe guetesiegel-film.de

Broschüre: „Guter Kunde – Böser Kunde“
von RLS e.V. siehe rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_13_GuterKunde-BoeserKunde.pdf

Broschüre: „Wegweiser durch das Label-Labyrinth“
von CIR e.V. siehe ci-romero.de/produkt/wegweiser-durch-das-label-labyrinth

Artikel: „What does GlobalGAP do to regulation? The role of a private standard in the European Food governance“
ecpr.eu/Filestore/PaperProposal/d3e7fe37-d93d-4d33-885b-b89f4d95424a.pdf

Artikel: „The Quandaries Of Consumer-Based Labor Activism“
von A. Ross siehe
DOI: 10.1080/09502380802246017

Artikel: „Effects of Fairtrade on the Livelihoods of Poor Rural Workers“
von E. Meemken, et al. siehe
nature.com/articles/s41893-019-0311-5

Artikel: „FOOD SAFETY AND GOOD PRACTICE CERTIFICATION“
siehe fao.org/3/ag130e/ag130e12.htm

Arbeitspapier: „A review of ethical standards and labels: Is there a gap in the market for a new ‘Good for Development’ label?“
von K. Ellis, et al. siehe odi.org/sites/odi.org.uk/files/odi-assets/publications-opinion-files/3333.pdf

TRADITION(EN) DER BEWEGUNG

Gemeinsam besetzen, produzieren und sich solidarisieren
 Interview mit Curro Moreno, einem Sprecher der SAT Jaén
 Übersetzt aus dem Spanischen | Lea Franzska

Curro Moreno ist gemeinsam mit Virgini Piña Sprecher der SAT in der nordandalusischen Provinz Jaén. Er selbst ist Landarbeiter und derzeit arbeitslos. Auf einem halben Hektar Land baut er für den Eigenbedarf selbst an.

F: Curro, du bist schon lange Mitglied der Gewerkschaft. Wie kann man sich als Außenstehende*r die Politik und die Prinzipien der SAT vorstellen?

C: Die SAT ist eine klassenkämpferische Gewerkschaft für ganz Andalusien, für jeden Arbeitsbereich. Wir kämpfen für die Souveränität Andalusiens, das wir als unsere Nation, unser *pueblo* betrachten, und deshalb sind wir der Meinung, dass wir das Recht haben, über unsere Zukunft zu entscheiden und über alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Instrumente

zu verfügen, um dieses Ziel zu erreichen. In Andalusien hat der Boden (la tierra) ein fundamentales Gewicht, da er in sehr wenigen Händen liegt. Deshalb wenden wir die direkte Aktion, ein anarchistisches Erbe, an, um das Motto „das Land denen, die es bearbeiten“ zu verwirklichen.

F: Wie ist die SAT organisiert?

C: Die SAT ist auf Ebene von Provinzen, Städten und Gemeinden organisiert. Dabei gibt es einzelne Bereiche (Frauenbereich, Jugend...) und Sektoren (Bildung, Land, Hotelgewerbe...). Unser höchstes Entscheidungsgremium ist der Nationalkongress, der alle 4 Jahre stattfindet. Hier wird das Nationalkomitee gewählt, das aus etwa 50 Personen besteht, die alle Gebiete und Sektoren vertreten, außerdem die nationalen Sprecher*innen, die

im Namen der gesamten Organisation sprechen. Das höchste Entscheidungsgremium zwischen den Kongressen ist neben dem Nationalkomitee die Nationalversammlung, die allen Gewerkschaftsmitgliedern offen steht.

F: Die SAT ist bekannt für ihre radikalen Maßnahmen. Wie wichtig sind diese in der Landwirtschaft?

C: Wie ich schon sagte, Land in Andalusien war historisch gesehen immer in sehr wenigen Händen. Das andalusische *pueblo* rebelliert seit Jahrhunderten dagegen. Wir fühlen uns als Erben des Kampfes, der noch nicht vorbei ist. Jedes Mal, wenn wir eine Finca besetzen und „Land und Freiheit“ einfordern, führen wir eine historische Aufgabe aus, auch wenn es uns manchmal Repression und Gefängnis kostet. Im 19. Jahrhundert privatisierte der spanische Staat Tausende von Hektar Land aus den Händen der Stadtverwaltungen und der Kirche. Die Ländereien der Stadtverwaltungen waren Gemeinschaftsländer, die den Bewohner*innen der Dörfer erlaubten, das zu bekommen, was sie zum Überleben brauchten. Durch die Privatisierung und den Verkauf dieser Ländereien hatten die Menschen nun nur noch ihre Arbeitskraft zu unterwerfen - die Landarbeiter*innenklasse wurde geboren, die von der ersten Stunde an gegen diese Situation rebellierte.

Dazu zählen die Revolution von Loja, bei der 10.000 bewaffnete Werktätige diese Stadt einnahmen und sich 1868 gegen den König erhoben; die drei Jahre der

Bolschewiken, die zwischen 1918 und 1921 die ganze Provinz Córdoba in den Kriegszustand versetzten; die mehr als 90 Landkollektivierungen in Jaén zwischen 1931 und 1939; die mehr als 150 Landbesetzungen der SOC nach Francos Tod bis 1984, als das Gesetz der andalusischen Agrarreform geschaffen wurde usw. Dies sind einige der historischen Präzedenzfälle dieses Kampfes.

In den letzten Jahren haben wir symbolische Aktionen durchgeführt, um die öffentliche Meinung zum Thema Land zu bewegen, wie z.B. in Las Turquillas (eine 1200 Hektar große Militärfarm, die nur für die Pferdezucht genutzt wird), oder in La Rueda (eine 600 Hektar große Farm in Jaén, die in die Hände der BBVA Bank fiel und 4 Jahre lang ohne Bewirtschaftung aufgegeben wurde), aber auch reale Besetzungsaktionen wie im Fall vom Cerro Libertad, Marinaleda oder Somonte.

F: Welche Veränderungen erhofft ihr euch von diesen Besetzungen? Was bedeutet es, ein Stück Land in Andalusien zu besetzen?

C: Die Landbesetzungen bedeuten politische Veränderungen auf dem Land, das besetzt wird: Niemand verdient Geld an der Arbeit und dem Schweiß Anderer. Der erzeugte Reichtum, ob wenig oder viel, wird unter den Arbeitenden geteilt. Sie soll die Utopie von Generationen von Tagelöhnern, von Blas Infante¹ und derer, die für ein freies Andalusien kämpften, Wirklichkeit werden lassen.

¹ Ikone der andalusischen Unabhängigkeitsbewegung, 1936 am Beginn des spanischen Bürgerkrieges von Falangisten ermordet.

Diese Aufgabe ist heute umso notwendiger, als es neue Landbesitzer gibt, die noch skrupelloser auftreten, z.B. die Banken und Investmentfonds. Sie übernehmen Tausende Hektar Land und verursachen langfristig den Ruin sowie die Abwanderung von Tausenden von Kleinbäuer*innen und Tagelöhner*innen aus ganz Andalusien .

F: Was genau habt ihr bei der Besetzung und Bewirtschaftung des Cerro Libertad erlebt und wie ist der aktuelle Stand vor Ort?

C: Am ersten Jahrestag der Verhaftung unseres Genossen Andrés Bódalo, der wegen einer angeblichen Attacke auf einen sozialdemokratischen Stadtrat (für deren Verurteilung es nur Polizeizeugung gab) zu drei Jahren Haft verurteilt wurde, beschlossen wir, dass die beste Art zu protestieren die Besetzung eines Bauernhofes in den Händen einer Bank wäre. Etwas, das er selbst auch vor seinem Eintritt ins Gefängnis getan hatte. So wurde der Cerro Libertad am 1. April 2017 geboren. Es wurde eine permanente Besetzung, die bis zum 5. Mai 2018 dauerte, als ein großes Aufgebot der Guardia Civil uns vertrieb. 20 Tage vor der ersten Vertreibung wurden die Zugänge zum Hof mit Steinbarrikaden und Olivenzweigen verschlossen. Im zweiten Versuch öffnete die Guardia Civil überraschend die Zugänge zum Grundstück mit einem Bagger und mit einem Aufgebot von mehr als 100 Personen wurden wir vertrieben. In diesem ersten Jahr wurde das Bauernhaus zum großen Teil renoviert, um dort

leben zu können, und eine kleine Mühle wurde montiert, um die Oliven der mehr als 7000 Olivenbäume zu mahlen.

Nach der Räumung besetzten wir die Finca erneut, aber diese Besetzung dauerte nur wenige Stunden, bis sie wieder geräumt wurde. Dann haben wir beschlossen, symbolische Besetzungen aller Immobilien vorzunehmen, von denen wir wussten, dass die BBVA sie besaß. Dies diente dazu, die Bank zu Verhandlungen zu zwingen und wir erreichten das Recht, die Olivenernte einbringen zu dürfen. Wir haben mehr als 500 Tageslöhne für 30 Personen erwirtschaftet, die während der Ernte 2018-19 mehr als 100.000 kg Oliven gesammelt haben. Dieses Jahr haben wir es wieder erreicht, dass sie uns die Ernte erlauben, aber die Dürre und die Unfähigkeit, den Olivenhain dauerhaft zu pflegen, haben die Ernte drastisch reduziert und wir haben nur 1500 kg gepflückt - 1,5 % der vorherigen Ernte. Das passiert, wenn das Land aufgegeben und vernachlässigt wird.

F: Was bedeutet der Cerro Libertad für dich und welche Rolle hattest du dort?

C: Für mich bedeutet es eine Erfahrung von großem politischen und menschlichen Wert. Wir haben gezeigt, dass es möglich ist, den Nerv einer großen transnationalen Bank wie der BBVA zu treffen. Wir haben gezeigt, dass es möglich ist, das Land direkt durch die Arbeiter*innen zu bewirtschaften. Während der Besetzung war ich bereits

Sprecher der SAT in Jaén und ich war gemeinsam mit anderen Genoss*innen wie María, Alberto oder Víctor für die Besetzung verantwortlich. Wir haben immer versucht, die Arbeit und die Verantwortung zu teilen.

Im Laufe der Jahre sind bei der SAT mehrere Genossenschaften mit unterschiedlichen Modellen entstanden, die alle auf unterschiedliche Weise zu alternativen Formen der Landwirtschaft beitragen. Was bedeuten diese Formen der alternativen Landwirtschaft für dich und was ist ihr Ziel?

Politisch bedeutet dies auch die Beendigung der Monokultur, die unsere Ernährungssouveränität einschränkt und unser Territorium veröden lässt. Für mich ist das größte Beispiel dafür Marinaleda. Von einem Land mit trockenem Boden, in dem nur Getreide angebaut wird, haben wir heute durch den Kampf ein Land mit bewässertem Boden, auf dem wir Getreide, Oliven, Artischocken, Paprika, Bohnen, Mangold, Zwiebeln usw. kultivieren. Obendrein wird nicht der landwirtschaftliche Rohstoff verkauft, sondern das verarbeitete Produkt, das noch mehr Wohlstand schafft, welcher unter den Menschen verteilt wird - was will man mehr?

F: Modelle wie Somonte, Marinaleda, Cerro Libertad, was haben sie gemeinsam und wie unterscheiden sie sich?

C: Uns verbinden Projekte, die von der SAT unter der gleichen Idee initiiert wur-

den: Ernährungssouveränität, Land für diejenigen, die es bearbeiten. Aber es sind Projekte, die ganz anders angegangen werden müssen. Der Cerro ist ein Bauernhof mit Olivenbäumen, der sich noch in der Hand einer Bank befindet. Somonte ist eine Länderei, die sich in öffentlicher Hand befindet und der ständigen Gefahr der Räumung ausgesetzt ist. Marinaleda ist hingegen ein bereits konsolidiertes Projekt, das als utopischer Horizont dient.

F: Was sind die Kontroversen hinter den verschiedenen alternativen Formen der Landwirtschaft?

C: Das vielleicht wichtigste Problem, mit dem wir konfrontiert sind, ist die Kommerzialisierung. Heute übernehmen Supermärkte und große Vertriebsketten einen großen Teil des Marktes. Es ist sehr kompliziert Menschen davon abzuhalten, in den Supermarkt zu gehen und nach anderen Wegen zu suchen, um ihre Grundprodukte zu erwerben. Andere Wege der Vermarktung und Verteilung zu fördern ist heute die größte Herausforderung für die Realisierung einer Ernährungssouveränität.

F: Die SAT hat einen eigenen Shop, um von Ihnen hergestellte Produkte zu verkaufen. Wie ist der Handel organisiert?

C: Die verschiedenen Genossenschaften, die im Umfeld der SAT geboren sind oder ihr nahe stehen, haben ihre Produktion zentralisiert, um sie über eine Genossenschaft namens Transformado zu

vertreiben, die seit Jahren handwerkliches Bier (Bandolera) herstellt und Produkte aus fairem Handel aus Andalusien und lateinamerikanischen Ländern wie Kuba, Brasilien oder Ecuador vertreibt. Aus dieser Vereinigung ist das entstanden, was wir „SATcoopera“ genannt haben. Die Produkte können über diese Website, den Büros der Gewerkschaft und in einigen Geschäften des fairen Handels wie z.B. in der „Tejedora de Córdoba“ erworben werden.

F: Die SAT ist international vernetzt.

Wie wichtig ist diese internationale Vernetzung und was bedeutet für dich internationale Solidarität?

C: In dem Fall Cerro Libertad war die internationale Unterstützung sowohl politisch als auch wirtschaftlich entscheidend. Wenn der Cerro heute in einem großen Teil Europas bekannt ist und wenn wir von vielen Orten Unterstützung erhalten haben, dann ist dies der unermüdlichen Arbeit unserer verbündeten Organisationen zu verdanken. Sie haben diesen Kampf nicht nur in ihren Ländern verbreitet, sondern beteiligen sich auch vor Ort, wie es im Fall der internationalen Brigaden in Almería geschieht. Ohne Solidarität gibt es keine Linke, keine Revolution.



Blick von der Bergspitze des Cerro Libertads auf die Finca und Umgebung



Nach dem Beschnitt des Olivenhains müssen die Zweige vernichtet werden



Spaziergang mit Ziegen



„Der Cerro leistet Widerstand“



Lauter Demonstrationszug gegen die Räumung, von Jaén zum Cerro Libertad



Barrikaden versperren die Zufahrtswege zum Cerro



Abschluss Kundgebung der Demonstration vor dem Haus auf der Finca

ZWISCHEN WELTWÄRTS UND WELTREVOLUTION

Matthias Grüber



Wir werden häufig gefragt, warum wir überhaupt nach Andalusien fahren und dort die Arbeiter*innengewerkschaft SAT unterstützen. Die legitime Kritik dahinter tritt mal mehr und mal weniger offen zu Tage: Das sei doch bloß Polit-Tourismus von Student*innen, die es sich leisten können dorthin zu fahren und Realitätsflucht begehen. Es gäbe doch hierzulande schon genug zu tun gegen Rassismus, Sexismus, Ausbeutung und Unter-

drückung. Ganz zu schweigen von den Illusionen und Projektionen, denen man dabei aufsitzen würde. Ohne diese und weitere Kritikpunkte völlig entkräften zu können, wollen wir zeigen, wie sich unsere Arbeit entwickelt hat, seit wir dieses Spannungsfeld betreten haben und dabei nicht unerwähnt lassen, vor welchen Herausforderungen wir nach wie vor stehen.

WARUM ANDALUSIEN UND WARUM DIESE GEWERKSCHAFT?

Die Auswahl der SAT als Kooperationspartnerin in Andalusien erfolgte nicht ohne Grund und mit vorherigem Kontakt. Noch bevor wir uns aus der praktischen Solidaritätsarbeit in Venezuela zurückgezogen hatten, waren bereits 2013 ein paar Vereinsmitglieder und Freunde nach Andalusien gefahren. Sie wurden ohne Zweifel angezogen von den Berichten über Landbesetzungen, Kooperativen und kommunistische Stadtverwaltungen, wie sie seit Jahrzehnten in Marinaleda bestehen. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland als größtem Importeur von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Andalusien weckten ein tiefergehendes Interesse, da an dieser Stelle in unseren Augen ein Anknüpfungspunkt für Organisation bestand [→ Ethischer Konsum? S.41].

Eine engere Zusammenarbeit mit der SAT etablierte sich jedoch erst nach der Konferenz „Internationalismus im 21. Jahrhundert“, die wir im Jahr 2015 gemeinsam mit anderen internationalistischen Gruppen in Berlin organisiert hatten. Dort diskutierten wir vor dem Hintergrund unserer bisherigen Erfahrungen über einen zeitgemäßen Internationalismus. Am Ende der Konferenz sprachen unsere Gäste aus Andalusien uns eine Einladung aus, mit einer Brigade nach Andalusien zu kommen.

DER GLOBALE KAPITALISMUS UNTERM BRENNGLAS

Ausgehend vom ersten Kennenlernen organisierten wir jährlich zwei Brigaden nach Andalusien, wobei wir unseren Fokus zur

Zeit auf die Region Almería gelegt hatten. Dort findet sich dicht an dicht die größte Gewächshausfläche Europas, die selbst aus dem All zu erkennen ist. Unter diesem Meer aus Plastikfolie bündeln sich wie an kaum einem anderen Ort die negativen Auswirkungen der globalen kapitalistischen Produktions- und Ausbeutungsverhältnisse in der Landwirtschaft.

KONZENTRATION AUF ARBEITSKÄMPFE

Nach anfänglichen Fehlversuchen die Verbindungen der Gewerkschaft zu den migrantischen Arbeiter*innen über Bildungsangebote zu verbessern und sie darüber nachhaltig in die Gewerkschaft einzubinden, haben wir uns stärker auf die Unterstützung konkreter Arbeitskämpfe konzentriert. In dieser Zeit wurden auch immer mehr Konflikte von der Gewerkschaft angenommen. Über diese Dynamik kam ein enger Kontakt ohne Umwege zustande. Zunächst begleiteten wir die Konflikte organisatorisch und journalistisch. Dabei entstand u.a. die Dokumentation unserer Brigadistin Aline Juárez „Días de Lucha, Días de Luto – Unter dem Plastik der Strand“, die 22 Arbeiter*innen bei ihrem Kampf mit der Gewerkschaft begleitet und inzwischen auch online verfügbar ist.¹

DEN INTERNATIONALEN HEBEL ANSETZEN

Darüber hinaus wollten wir die engen Handelsbeziehungen der Region zu Deutschland nutzen, um entlang der Produktions- und Lieferkette einen internationalen Hebel anzusetzen. Ein Vorbild hierfür war uns die erfolgreiche Kampagne der Arbeiter*innen

¹ <https://vimeo.com/267462257>

des Unternehmens BioSol, die im Jahr 2013 zu Unrecht entlassen wurden und für ihre Wiedereinstellung kämpften [→ 20 Jahre nach dem Pogrom S.10]. Die Unternehmensleitung musste nach einer Kampagne österreichischer und schweizer NGOs einlenken, die sich vor allem auf die Abnehmer*innen der Produkte

heuchelten Interesse meist nur vor und zündeten eher Nebelkerzen, als den Verstößen gegen eigene Richtlinien wirklich nachzugehen. Unsere kleinen Strukturen reichten für solche Auseinandersetzungen nicht aus und in Zukunft möchten wir uns auf wenige, aber aussichtsreichere Konflikte konzentrieren.



konzentrierte. Unsere erste internationale Kampagne gegen das Unternehmen Eurosol wurde ein Erfolg, der auf mehr hoffen ließ. Jedoch haben wir diesen bei nachfolgenden Kampagnen nicht replizieren können. Größere Unternehmen gingen wesentlich kaltschnäuziger vor: Sie reagierten zwar gereizt auf unsere öffentlichen Kampagnen, aber lenkten letztlich nicht auf die Forderungen der Arbeiter*innen ein. Auch die Zertifikateure und Labels [→Arbeitskampf S.18]

WAS WÄRE ALMERÍA OHNE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT?

Unabhängig von der Konjunktur der vielen Arbeitskämpfe unterstützen wir auch punktuell die materiellen Strukturen der Gewerkschaft. So finanzierten wir mit einer Spendenkampagne den Gewerkschaftsbus für das Regionalbüro in Almería, ein altes Feuerwehrauto, das mit seiner roten Farbe inzwi-



schen für viele Arbeiter*innen zu einem Symbol für ihren Kampf geworden ist und auf der Straße oft euphorisch mit Lichthupe begrüßt wird. Bis dato waren immer wieder auch Privatautos im Einsatz, denn die Gewerkschaft selbst hat nur sehr wenige eigene Ressourcen. Sie reichen kaum dazu den laufenden Betrieb aufrechtzuerhalten. Bereits die Gründung der Büros in Almería wurde maßgeblich durch das Europäische BürgerInnenforum finanziert. Ohne die Unterstützung von außen wäre die Arbeit nicht in dieser Form möglich, was uns immer wieder die Frage der Nachhaltigkeit aufdrängt. Je länger wir vor Ort arbeiten und je vertrauter das Verhältnis zu den Arbeiter*innen und Gewerkschafter*innen wird, desto eher sehen wir uns in der Lage langfristige strategische Fragen gemeinsam zu diskutieren und die strukturelle Basis der Gewerkschaft zu verbessern.

STRATEGISCHE FRAGEN FÜR EINEN PRAKTISCHEN INTERNATIONALISMUS

Die bestehende tägliche Arbeit in Almería, so würdevoll und moralisch geboten sie auch sein mag, erfordert ein hohes Maß an Energie: Immer wieder stoßen Aktive an Belastbarkeitsgrenzen, es werden viele Kämpfe geführt, bei denen klare Erfolge aufgrund der vorteilhaften Situation für die Unternehmer*innen die Ausnahme bleiben. Fragen nach besseren Strategien drängen sich auf, die auch auf anderen politischen Ebenen ansetzen müssen, wie z.B. Initiativen zum Lieferkettengesetz, oder internationale Klageverfahren [→ Lieferkettengesetz S.36]. Dabei ist klar, dass dieser Kampf nicht in Andalusien allein gewonnen werden kann und wir nicht einzig in Andalusien aktiv bleiben dürfen. Die global strukturierten Probleme lassen sich nicht einfach so an einem Ort auflösen.

BRIGADEN ALS GELENK FÜR EINE INTERNATIONALISTISCHE BEWEGUNG

Trotz der Herausforderungen und Widersprüche bleiben Brigaden für uns eine Schaltstelle für die internationale Verknüpfung dieser Kämpfe. Wir begreifen sie als ein Instrument der praktischen Solidarität, der gegenseitigen Politisierung von Brigadist*innen und Arbeiter*innen vor Ort sowie als notwendigen Teil eines Internationalismus. Natürlich haben viele junge Menschen auch einfach Reiselust und wollen dies verbinden mit sozialen und politischen Belangen. Richtig organisiert, mit Raum für Fragen und Unsicherheiten, kann dies einen Einstieg in die nachhaltige politische Arbeit sein. Doch Brigaden bleiben purer Aktivismus und Polittourismus, wenn die organische Anbindung an politische Strukturen und Kämpfe in Deutschland ausbleibt, wie dies z.B. meist bei dem staatlich geförderten und einseitig auf Entwicklungszusammenarbeit ausgerichteten Weltwärtsprogramm geschieht. In Zukunft wollen wir dazu die Kämpfe der Arbeiter*innen in Almería stärker verbinden mit denen bei Zulieferern und Discountern und weitere Anknüpfungspunkte in Deutschland und nach Kräften auch international schaffen.

Viele andere Effekte unserer Arbeit sind schwer zu messen und nachzuverfolgen. Auch wenn vielleicht nicht alle davon direkt einem klar definierten strategischen Ziel zuträglich sind, sehen wir nicht zuletzt an uns selbst, dass die Brigadeerfahrungen tief prägen. Sie öffnen die Türen für eine stärker internationalistisch denkende und handelnde Bewegung. Das ist auf dem derzeitigen Stand der Globalisierung einerseits besser möglich und andererseits nötiger denn je.

Impressum

Herausgeber:

Interbrigadas e.V.

Vereinsregistereintrag: 27138 B 1

Amtsgericht Charlottenburg, Berlin

Genter Straße 60

13353 Berlin

info@interbrigadas.org

www.interbrigadas.org

Autor*innen:

Lennart Brusinsky

Steffen Vogel

Tillson González

Raymond Gétaz

Matthias Grüber

Thúy Nguyen

Lea Franzska

Yoki

Anthi

Design und Layout:

Klara Goiny & Lea Franzska

Titelfoto:

Lea Franzska

Unterstützt von:

Europäisches BürgerInnen Forum

Druck:

Hinkelsteindruck sozialistische GmbH

1. Auflage, 500 Stück

Berlin, Januar 2020

© 2020, alle Autor*innen,
die Bildrechte der Fotografien, sowie der
Grafiken liegen bei den Macher*innen
selbst, sie dürfen nur auf bestätigte Anfrage
weiterbenutzt werden

Lizenz:

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative
Commons Namensnennung

– Nicht - kommerziell - Weitergabe unter
gleichen Bedingungen 4.0 International
Lizenz.



